

Arbeiter-Zeitung

Denkt daran!
Wir erscheinen
im Zeichen der
Notverordnungen!

für Schlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Kreuziger Straße 50. Fernsprecher 460 30. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Kreuziger Straße 50 (Borchhaus). Fernsprecher 430 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Verlagsstand: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Kreuziger Straße 50. Fernsprecher 460 30.

Schleicher bestätigt das enge Bündnis mit Hitler / Siehe Seite 2.

Wir kämpfen für eine neue Welt!

Der Kommunismus überwindet Elend und Faschismus

Die Nationalsozialisten

kämpfen für die Erhaltung der alten, verfaulten, zusammenbrechenden Welt des Kapitalismus.
Um die kapitalistische Ausbeuterschaft zu retten, wollen sie die Löhne und Gehälter auf den Stand von 1900 zurückschrauben, die Arbeitslosenunterstützung gänzlich beseitigen, die Sozialversicherung vernichten, Tarifrecht und Streikrecht aufheben, mindestens ein Viertel aller Beamten abbauen und durch Parteibuchbeamte der NSDAP. ersetzen, die Bauern und kleinen Gewerbetreibenden durch neue Steuern vollends in den Untergang treiben!
Deshalb Kampf gegen die nationalsozialistischen Retter des bankrotten Kapitalismus, Kampf gegen die nationalsozialistischen Verräter des arbeitenden Volkes!

Die Sozialdemokratie

will als Arzt des todkranken Kapitalismus die zusammenbrechende Ausbeuterdictatur durch immer neue Opfer des hungernden und verzweifelnden Volkes aufrechterhalten.
Die SPD. hat zwei Jahre Brüning toleriert, Hindenburg gewählt, Papen möglich gemacht. Jetzt hindert sie mit allen Kräften die Arbeiterklasse am außerparlamentarischen Massenkampf und hilft damit den Papen, Schleicher und Hitler, das werktätige Volk vollends in die Hölle des Faschismus hineinzujagen.
Deshalb Kampf gegen die feige, verräterische Politik der SPD., die das arbeitende Volk dem Faschismus widerstandslos ausliefern will!

Das faschistische Schleicher-Regime manöviert

Die faschistische, mit den Nazis verbündete Reichsregierung versucht seit einigen Tagen die ganze Tragweite ihrer Staatsaktion durch leere Erklärungen und einige Scheinmaßnahmen zu vernebeln.
Diese, auf die Täuschung der Massen abzielenden „Abschwächungs“manöver setzten sofort nach dem 20. Juli ein. Der Militärbefehlshaber General von Rundstedt und der kommissarische preussische Innenminister Bracht begannen mit „beruhigenden“ Neußerungen in ihren Interviews. Dem folgte die bedeutsame Stuttgarter Länderkonferenz, in der Papen erklärte, daß die Wahlen am 31. Juli stattfinden werden und daß eine Ausdehnung der Reichsregierung über Preußen hinaus auf die süddeutschen Länder nicht beabsichtigt ist. Papen, Gaul und Schleicher entschlossen sich weiter, im Ueberwachungsaußschuß des Reichstags zu erscheinen, und die Rollen wurden so verteilt, daß Gaul die Anerkennung und Durchführung der Ausschlußbeschlüsse ablehnte, während Schleicher die Vernebelung übernahm, in dem er, scheinbar gegen die Nazis und ihre SA, gerichtet, erklärte, die Wehrmacht werde „gegen jene vorgehen, die sich ähnliche Funktionen anmaßen sollten, wie die Reichswehr sie besitzt“. Schließlich wurde der militärische Belagerungszustand über Berlin-Brandenburg aufgehoben, und die vollziehende Gewalt liegt nun statt beim General Rundstedt, dem Militärbefehlshaber Schleichers, bei Bracht, dem kommissarischen Innenminister der Schleicher-Papen-Diktatur.
Warum unternimmt die faschistische Reichsregierung vorläufig diese „Abschwächungs“versuche?
Sie hat dafür innen- und außenpolitische Gründe. Innenpolitisch geht es ihr vor allem darum, das, was sie durch die Maßnahmen vom 20. Juli erreicht hat, zu sichern und zu verankern und zu festigen und damit zugleich Vorarbeit für weitere noch schärfere faschistische Aktionen zu leisten. Die Reichsregierung gegen Preußen, die diktatorische Einleitung von Kommissaren, die Aktionen mit einem Reichswehroffizier und zehn Mann sollen in ihrem Charakter des Außerordentlichen, der Gewaltmaßnahme verschleiert werden.
Die „abschwächenden“ Neußerungen Papens auf der Länderkonferenz (und dazu wohl hinter den Kulissen Versprechungen an das Zentrum, es bei der Umbildung der Reichsregierung nach den Wahlen neben den Nazis ein wenig zu beteiligen) haben dem Papen-Schleicher-Kabinett den Erfolg gebracht, daß die süddeutschen Länderregierungen sich als befriedigt erklärten und damit die Reichsregierung gegen Preußen als vollzogene Tatsache hinnahmen und so recht fertigten. Die Worte Schleichers im Ueberwachungsaußschuß werden von der demokratischen Presse, wie der „Vossischen Zeitung“, als „das Bemerkenswerteste“, als von besonderer „Deutung und Bedeutung“ bezeichnet und indirekt wird die Schleicher-Regierung als Schutzwall gegen Hitler dargestellt; der „Vorwärts“ macht es ähnlich, indem er ohne Kommentar die Neußerung Schleichers in Fettdruck wiedergibt. Gewiß gibt es gewisse Differenzen zwischen Schleicher und Hitler und auch innerhalb des Kabinetts, und gewiß will Schleicher auch nebenbei einen Druck auf seinen Verbündeten Hitler ausüben, aber gerade dieses Ernüchern der Abschwächungsmanöver Schleichers, gerade die neue Kapitulation des Zentrums und der SPD. auf der Länderkonferenz bedeuten die beste Unterstützung des faschistischen Schleicher-Regimes, die beste Unterstützung ihrer weiteren faschistischen Pläne und Maßnahmen und die weitere Förderung der Nazi-Partei.
Die außenpolitischen Beweggründe für das Manöver der Schleicher und Papen stehen mit dem Lausanner Tributpakt in Zusammenhang. Der deutsche Imperialismus, der in Lausanne, wie in Genf, eine klägliche Niederlage erlitten hat und schwächer als vorher und isoliert dasteht, muß den Tributpakt von einem Reichstag annehmen lassen. Die ausländischen Imperialisten verlangen eine breite bürgerliche Mehrheit dafür und mittels der „abschwächenden“ Neußerungen und Maßnahmen (wie Aufhebung des Belagerungszustandes usw.) nimmt die Schleicher-Regierung schon jetzt Kurs auch auf die Zustimmung der Fraktionen des Zentrums und der SPD. im kommenden Reichstag. Selbstverständlich ist eine solche außenpolitische Unterstützung der Schleicher-Diktatur durch Zentrum und SPD. zugleich auch eine innenpolitische.
Parallel zu den Abschwächungsmanövern“ steht jedoch in der Tat die Papen-Regierung ihre faschistischen Maß-

Die kommunistische Partei kämpft für den Untergang der alten, verfaulten, bankrotten Welt des Kapitalismus, für die Vernichtung des Faschismus!
Die kommunistische Partei kämpft dafür, daß den Arbeitenden der Ertrag ihrer Arbeit nicht mehr durch eine Schmaroker-Klasse geraubt werden soll, daß das Arbeitervolk nicht mehr durch die Diktatur der Ausbeuterklasse geknechtet werden soll! Arbeit und Brot für alle Werktätigen!
Befreiung vom Joch der deutschen wie der ausländischen Skavitalisten!
Alle Macht in die Hand des arbeitenden Volkes!
Die kommunistische Partei kämpft für die neue Welt des Sozialismus, der die Zukunft gehört!
In der Sowjetunion, dort, wo die Kommunisten regieren, gibt es keinen Faschismus, keine Erbschaftslosigkeit, keinen Hunger, kein Elend, kein Lohn- und Unterstützungsabbau, keine Massenfeuern; dort haben alle Werktätigen Arbeit, Brot und Freiheit!
Darum, Werktätige in Stadt und Land, bekennet euch am 31. Juli zu diesem Kampf für die neue Welt des Sozialismus, für die Zukunft des arbeitenden Volkes und

wählt Liste 3. Kommunisten

Telegramm des Zentralkomitees der KPD.

An alle Kommunisten! An alle Antifaschisten!

Höchste Alarmbereitschaft für alle Parteimitglieder und Antifaschisten!

Die letzten Kräfte angespannt und in den Dienst der Partei gestellt! Das Blut unserer vom Faschismus gemordeten Brüder mahnt zur höchsten Kampfbereitschaft! Die Sozialdemokratie will die proletarische Einheitsfront zerbrechen und kapituliert vor dem Faschismus!
Gegen geplanten Angriff des Faschismus macht Betriebe, Stempelstellen und roten Massenelbstschutz mobil! Wir müssen alle Arbeiter und Werktätige für unsere antifaschistische Kampffront gewinnen!
Der 31. Juli muß den Massenkampf gegen den Faschismus zum Millionenbekenntnis für die kommunistische Partei, für die Liste 3, werden! Nißt jede Stunde der letzten Tage restlos aus!

Jeder Antifaschist ein roter Wahlhelfer!

Eine Massenflut kommunistischer Propaganda in die Betriebe und Kontore, Stempelstellen, Stadt und Dörfer!
Am Wahltag und in der Nacht zum 1. August höchste Wachsamkeit aller Antifaschisten. Höchste Bereitschaft gegen alle Angriffe der braunen Mordbanden.
Weist in revolutionärer Disziplin tapfer alle faschistischen Provokationen zurück! Duldet keinen individuellen Terror!
Der letzte Massenkämpfer am 31. Juli an die Une! Kein Antifaschist darf durch Fernbleiben von der Wahl dem Faschismus helfen!
Je mutiger das Massen- und Treuebekenntnis für den Kommunismus, um so mehr erschweren wir den faschistischen Machhabern die Durchsetzung ihres reaktionären Programms und die Durchführung des Parteiverbots.

Nieder mit den Kapitalisten! Tod dem Faschismus! Vorwärts für den Sozialismus unter den sturmerprobten Fahnen der Kommunistischen Partei und der Kommunistischen Internationale!

Alles für die Freiheit der Arbeiterklasse! Alles für die Verteidigung der sozialistischen Sowjetunion! Alles für den Sozialismus!
Es lebe der Kampf! Es lebe der Sieg!

Berlin, den 26. Juli 1932.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Parallel zu den Abschwächungsmanövern“ steht jedoch in der Tat die Papen-Regierung ihre faschistischen Maß-

Was ist noch zu tun? Wo ist noch eine Lücke in unserer Arbeit?

Betriebszellen!

Habt ihr die Betriebszeitung der letzten Tage bereits fertig? Habt ihr darin gezeigt, wie die Ereignisse in Preußen, die Behauptung der Kommunisten über den Arbeitererrat der SPD-Führer bekräftigen? Habt ihr euch hartgemacht, daß die Nazis mit verächtlichkeit für die Pöbel-Politik der Notverordnungen, der Tribute, der Militärdiktatur? Habt ihr eure Belegschaft an die Vorgänge beim Kampf Pöbel und die damaligen Aktionen der Arbeiterschaft erinnert? Habt ihr nachgewiesen, wie die rote Einheit, die Antifaschistische Aktion zum Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsraub, gegen Zensurausplünderung und Belagerungszustand, gegen Kasten- und Klassenpolitik eine unbedingte Notwendigkeit für die gesamte Arbeiterklasse ist? Habt ihr immer und immer wieder nachgewiesen, daß die kommunistische Partei die einzige antifaschistische, die einzige antifaschistische Partei ist, und jeder daher Liste 3 wählen muß?

Auch in Streuzetteln, Betriebsflugblättern, selbst angefertigten Aufschlägen innerhalb und außerhalb des Betriebes muß dies alles an Hand von Beispielen gezeigt werden. Wieviel davon hat eure Zelle schon hergestellt und verbreitet?

Habt ihr in Betriebsversammlungen, Abteilungsversammlungen, Versammlungen der Gewerkschaftsmitglieder zu den letzten Ereignissen schon Stellung genommen?

Erwerbslosenfraktionen!

Habt ihr es gründlich ausgenutzt, daß in diesen Tagen die ersten Abzüge der Unterstützung erfolgt sind? Habt ihr eine Stempelstellenzeitung oder Flugblätter herausgebracht? Habt ihr täglich Stempelstellen-Versammlungen durchgeführt? Habt ihr Delegationen zu den Betrieben geschickt, um gemeinsame Aktionen durchzuführen?

Straßenzellen!

Habt ihr alles getan, um die in eurer Nähe liegenden Betriebe von außen zu bearbeiten? Sind überall unsere Parolen zur Antifaschistischen Aktion und zur Wahl zu lesen?

Habt ihr in eurem Gebiet gründlich gelebt und gemalt? Haben Sichel und Hammer, die Liste 3, alle Pfeile und Sakentreuze ins Hintertreffen gedrängt? Spielt man im ganzen Straßenbild, an einem Wald von roten Fahnen, daß die Kommunisten und die Antifaschistische Aktion angegriffen? Habt ihr nachgeprüft, daß jeder mit uns sympathisierende Arbeiter — auch in den Hinterhäusern — eine Fahne oder ein Transparent von uns herausgehängt hat?

Habt ihr alle Genossen zu großen Kolonnen zusammengefaßt, die unsere Flugblätter reißlos in die Wohnungen der Werktätigen bringen, die Haus für Haus bearbeiten, unsere Literatur vertreiben und für den Kampffonds sammeln?

Habt ihr eure letzte Häuserblockversammlung gut vorbereitet? Habt ihr noch eine letzte Häuserblockzeitung herausgebracht?

Ortsgruppen!

Wieviel Ortszeitungen habt ihr herausgebracht, wieviel eigene Ortsflugblätter? Habt ihr eure letzte Versammlung gründlich durch Bearbeitung aller Werktätigen mit Flugblättern, Broschüren usw. vorbereitet? Was haben eure Erwerbslosen gegen den Unterstützungsraub unternommen? Haben sie massenweise Anträge auf Sonderunterstützung gestellt, oder haben sie geschlossen die Auszahlung der vollen Unterstützung gefordert?

Wer beherrscht das Ortsbild mit seinen Plakaten, Transparenten und Fahnen? Ist die Liste 3 vorherrschend? Habt ihr auch auf die umliegenden Orte Kolonnen geschickt, die dort unsere Parolen, unsere Plakate gegenüber allen anderen Parteien durchsetzen?

Genossen! Heran an die Arbeit! Wir sind die Antifaschisten der Tat! Wir greifen an! Keine Arbeit darf liegen bleiben! Mit aller Energie für die Partei! Für Liste 3.

wahmen fort und verstärkt sie noch. Eine kommunistische Tageszeitung nach der anderen wird verboten. Verboten wurden in den letzten Tagen die „Kette“, die „Kampfbanner“, die „Süddeutsche Arbeiterzeitung“, der „Halleische „Kampfbanner“, die „Dresdener Arbeiterstimme“, das „Thüringer Volksblatt“. Antifaschistische Flugblätter wurden beschlagnahmt. In Berlin in wenigen Tagen sind 200 antifaschistische Flugblattverteiler verhaftet. Die Streikpropaganda wird mit den schärfsten Strafen belegt. Die Polizei geht auf Jagd nach Antifaschisten gegen Arbeiter vor.

Allein den Kommunisten und ihrem Führer Ernst Thälmann wird der Kampf nicht gespart. Während bei den Arbeitern in Berlin in sechs kommunistischen Arbeiterkolonnen und ebenso bei Reichsbannerarbeitern und im Reichsbannerheim in Preußen scharfe Durchsuchungen vorgenommen werden, öffnet im Auftrag der Schleicher-Regierung der kommissarische preussische Innenminister Pracht den Nazis ausdrücklich den Weg zu Reamtenposten im Staatsapparat in Preußen.

Alle diese Unterdrückungsmaßnahmen sind zugleich Vorbereitungen für noch schärfere faschistische Schläge gegen die Arbeitermassen nach dem 31. Juli. Das faschistische Diktaturregime soll dann durch eine umgebildete Regierung, repräsentiert werden, deren Hauptaufgabe weitere Hunger- und Diktaturverordnungen sein wird. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ (vom 25. Juli) sagt bereits voraus:

„Nach dem 31. Juli muß eine Umwidmung der Regierung Papen unter Führung des jetzigen Reichslanzlers stattfinden, bei der die Nationalsozialistische Partei in den Reichs wie in Preußen ihrer Stärke und Bedeutung entsprechend zur Verantwortung herangezogen wird. Dieses Kabinett wird eine Mehrheit im Reichstag haben, wenn die Rechte die Mehrheit der Mandate erringt. Sollten aber an dieser Mehrheit einige Prozent fehlen, so wird es ein Minderheitskabinett sein, wie unzählige Kabinette der Linken vor ihm, und sich keine Majorität von Fall zu Fall suchen. Dafür kommt in erster Linie das Zentrum in Betracht, und wir glauben nicht, daß es sich verjagen wird.“

Unter dem Patronat Schleichers, bei härtester offener Mitbestimmung der Nazis im Reich wie in Preußen, sollen mit Hilfe des Zentrums neue verschärfte faschistische Aktionen durchgeführt werden: Zwangsarbeit für Jungarbeiter, weiterer Wohnbau, Festsitzung der Sozialversicherung, weitere Massenstreik- und Zollerhöhungen, Unterdrückung der Arbeitermassen, ausgedehnte Pressezensur und Verbot der kommunistischen Partei!

Die SPD-Führer halten bei diesen Plänen dem Zentrum und damit Schleicher und Hitler die Stange. Die Freisinnigen und Sozialdemokraten haben Tag für Tag hervor, wie sie stets die revolutionäre Arbeiterbewegung und die KPD. blutig bekämpft haben und bieten täglich Schleicher ihre weiteren Dienste an. Sie und das Zentrum unterstützen das Täuschungsmanöver der faschistischen Reichsregierung und sabotieren in jeder Weise einen Kampf der Arbeiter gegen Unterdrückungs- und Lohnkürzungen, gegen die SA-Mordbanden und gegen das faschistische Papen-Schleicher-Regiment.

Die Vernebelungsversuche des Schleicherregimes sind nicht ein Zeichen seiner Stärke, sondern seiner Schwäche, rufen die Arbeiterschaft, von Hunger und Terror immer schwerer betroffenen kommunistischen, sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter zu verstärktem antifaschistischem Kampf.

Es wird der Schleicher-Papen-Diktatur trotz der Hilfe der SPD-Führer und des Zentrums nicht gelingen, die Arbeiter zu täuschen. Kein Manöver kann nützen angesichts der Tatsache, daß gerade jetzt auf Grund der Notverordnungen Papens der neue Unterstützungsabbau von 20, 30, 35 und mehr Prozent einsetzt, daß am 1. August die Kürzung der Kriegsoberrenten in Kraft tritt und die „Abwöhnungs“-Erklärungen Schleichers werden übertrifft von den Feuerjahren in der proletarischen Kampfnacht in Berlin.

Von den Betrieben, Stempelstellen und Arbeiterdorteln aus geht es jetzt erst recht, für die wirtschaftlichen und politischen Forderungen in proletarischer Einheitsfront vorzugehen. Und am 31. Juli demonstrieren alle, alle Arbeiter ihre Kampfbereitschaft durch die Stimmabgabe für die Liste 3 der KPD., der einzigen antifaschistischen Partei.

Das Land ohne Faschisten, wo das Arbeitervolk frei, die Sowjetunion, mahnt: Wählt Liste 3, Kommunisten!

Schleicher bestätigt das enge Bündnis mit Hitler

Berlin, 27. Juli. (Eig. Drahtbericht.) In der Rundfunkrede, die Reichsministerialrat von Schleicher gestern Abend hielt, behauptete der bekannte Mann des Kabinetts Papen ausdrücklich das enge Bündnis mit Hitler. Schleicher betrat ein ganzes Körner Rede die bekannten Auftragsforderungen der deutschen Bourgeoisie, wobei er erklärte, daß die Papen-Regierung die Reichswehr jetzt umbauen werde. In den wertvollsten Worten sprach Schleicher über die nationalsozialistischen Verbände, und seine innerpolitischen Ausführungen gipfelten in der Erklärung, daß sich die Papen-Regierung nicht nur auf Reichswehr stütze, sondern von einer „breiten Volkströmung“ getragen sei, womit Schleicher die Nazi-Partei meine. Ausdrücklich nannte Schleicher die Nazi-Partei, indem er wörtlich sagte:

„Ich begrüße besonders die Ausführungen des Führers der Nationalsozialisten in Berchtesgaden vor seinen SA-Führern, die sich durchaus mit meinen Ausführungen über die Stellung der Wehrmacht im Staat decken.“

Dort es, Schleicher bestätigt das Bündnis; kein Naziagitor kann es mehr ableugnen, die Nazi-Partei ist verantwortlich für die Taten

„Klassenkampf“ verboten

Berlin, 27. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die in Halle erscheinende kommunistische Tageszeitung „Klassenkampf“ wurde vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen auf fünf Tage, bis zum 30. Juli, verboten.

dieser Regierung. Sie ist einverstanden mit den furchtbaren Notverordnungen der Papen-Regierung, mit Unterstützungs- und Renten-kürzungen, mit den neuen Steuern und Zollerhöhungen, mit dem militärischen Regime des Belagerungszustandes.

Werttätige, bekennend euch geschlossen am 31. Juli zum Kampf gegen dieses System, indem ihr die Liste der Antifaschisten, für die Liste 3, wählt.

Severing rühmt sich seiner arbeiterfeindlichen Politik

Berlin, 27. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Severing veröffentlicht heute früh im „Vorwärts“ einen sensationellen Artikel mit der Ueberschrift: „Ein Wort an Papen“.

Die Kernsätze dieses Artikels lauten: „In der Begründung staatsgefährlicher Ausschreitungen der kommunistischen Kampforganisationen hat die preussische Regierung einiges geleistet. Diese Frage läßt sich am leichtesten beantworten, wenn man die Zustände in der Polizei in den Jahren 1919 bis 1920 mit der Verfassung der preussischen Polizei von heute vergleicht. Es war damals nicht selten, daß sich die örtlichen Polizeibehörden bei politischen Unruhen für neutral erklärten und einem Einschreiten gegen die Aufwiegler aus dem Wege giengen; das hat die Führung der preussischen Polizei geändert.“

Severing, der den KPD. verboten hat, rühmt sich also seiner rücksichtslosen Unterdrückungspolitik gegen die Arbeiterbewegung. Durch

wegrotzter und 10 Mann das Berliner Polizeipräsidium kommissarisch befehlt.

Sie hat die Propaganda des Generalstreiks verboten und unter schwerste Strafen gestellt.

Die Schleicher-Papen-Regierung hat den Tributpakt von Lausanne geschlossen und die Versailler Sklaverei erneut bekräftigt.

Acht Wochen Schleicher-Papen-Diktatur — acht Wochen verschärfte faschistische Unterdrückung und Versailler Verklaffung. In diesen acht Wochen wurden von den Nazi-Banden 48 Arbeiter ermordet und viele Hunderte verlegt.

Die volle Verantwortung für die Hungerverordnungen und die Unterdrückungsmaßnahmen sowie die Versailler Tributpolitik Schleicher-Papens trifft die NSDAP. Die Nazi-Partei steht vor den Augen aller deutschen Arbeiter und Werktätigen als Werkzeug des Finanzkapitals, als Partei des Versailler Systems und der blutigen Unterdrückung der Volksmassen da.

Die Verantwortung trifft nicht weniger die Sozialdemokratie, die die proletarische Einheitsfront sabotierte, die die Arbeiter aufrief, den Faschisten die Straße zu überlassen, die feige vor der Reichsregierung und dem Leutnant und zehn Mann kapitulierende, die jede Gegenwehr gegen Lohn- und Unterstützungsabbau und die Streiks sabotierte, die sich rühmt, die revolutionäre Arbeiterbewegung unterdrückt zu haben und sich täglich der Bourgeoisie zu neuen Blutdiensten anbietet.

Fort mit den Schleicher, Hitler und Höfnermann! Arbeiter, parteilose und sozialdemokratische Proletarier, formiert fester die proletarische Einheitsfront. Macht die Antifaschistische Aktion zum gewaltigen Massensturm, und ihr werdet Brot, Arbeit, Freiheit und Sozialismus erkämpfen.

diese Politik wurde dem Faschismus der Weg geebnet. Der Artikel Severings ist klar und deutlich ein Angebot an Papen, daß die SPD-Führer bei der Unterdrückung der klaffenbewußten Arbeiterschaft weiterhin mithelfen werden.

Arbeiter, in der Stunde, wo Faschistenhorden Gewerkschaftshäuser kürmen und auch SPD-Arbeiter niedergeschlagen werden, haben die SPD-Führer nichts Besseres zu tun, als sich ihrer Unterdrückung der Arbeiterbewegung zu rühmen.

Gebt ihnen die Antwort! Schließt euch zur roten Einheitsfront gegen den Faschismus zusammen. Am 31. Juli alle Antifaschisten, Liste 3!



Auch alle proletarischen Jungwähler stimmen für die Liste der KPD., Liste 3 und demonstrieren hiermit ihren Kampfeswillen gegen Arbeitsdienstpflicht, für Arbeit und Brot!

Zwei Verträge und ihre Bedeutung

Nichtangriffspakt Moskau-Warschau / Deutschland tritt französisch-englischem Konsultationspakt bei

Am Montag, dem 25. Juli, wurde in Moskau der Nichtangriffspakt zwischen Polen und der Sowjetunion unterzeichnet. Am demselben Tage, fast um dieselbe Stunde, erklärte die Regierung Papen-Schleicher den Beitritt Deutschlands zum französisch-englischen „Konsultationspakt“. Das sind zwei wichtige Ereignisse von internationaler Bedeutung.

Der Abschluß des Nichtangriffspaktes mit Polen ist ein großer Erfolg der konsequenten Friedenspolitik der Sowjetunion. Seit Jahren gingen die Verhandlungen, zu denen die Sowjetregierung die Initiative ergriffen hatte, jahrelang wurden sie von der Warschauer Regierung verschleppt. Denn das Polen Regime träumte von einer ganz anderen Regelung seiner Beziehungen zur UdSSR: es baute mit Hilfe des französischen Finanzkapitals eine starke Rüstungsindustrie auf; es rüstete mit Hilfe der französischen Firma Schneider-Creuzot seine Armee mit modernsten Waffen aus; es ließ sein Heer durch Offiziere des französischen Generalstabs reorganisieren; es trat durch französische Vermittlung in ein enges Militärbündnis mit Rumänien ein; es unterhielt die engsten Beziehungen zu Prag und zu Belgrad — das alles waren offene Vorbereitungen zu einem Kriege gegen die Sowjetunion!

Die Presse der imperialistischen Bourgeoisie Polens machte aus ihren Eroberungsplänen kein Geheimnis; sie forderte die Annexion der Ukraine und Weißrusslands; sie träumte von einem „größeren Polen“, das von Danzig bis nach Odessa reichen sollte. Sie vertraute fest auf die Unterstützung des französischen Imperialismus und seiner Vasallen, der „kleinen Entente“; sie hoffte ebenso sicher auf die Hilfe des englischen Imperialismus, den sie durch riesige Investitionen in der polnischen Wirtschaft für ihre Pläne interessiert hatte.

Als mitten in diese Kriegsvorbereitungen die Sowjetregierung mit ihrem Vorschlag eines Nichtangriffspaktes hincinplatete, war die polnische Bourgeoisie alles andere als erfreut. Sie begann zu manövrieren. „Wir sind bereit“, erklärte die Regierung in Warschau, „mit der Sowjetunion einen solchen Vertrag abzuschließen, aber nur in der Weise, daß alle westlichen Randstaaten der Sowjetunion geschlossen, als ein Partner, der Sowjetunion als dem anderen Partner gegenübertritt.“ Dieser laubere Plan bezweckte nichts anderes, als unter der falschen Flagge der „Friedenspolitik“ einen Bloß der Randstaaten unter der Führung des polnischen Imperialismus und für die antisowjetischen Kriegsziele Warschaws zustande zu bringen. Die Sowjetregierung verstand es, diesen Plan zu durchkreuzen; sie schloß mit den einzelnen Randstaaten Nichtangriffspakts ab. Warschau hatte aber zunächst kein Interesse mehr an der Fortführung der Verhandlungen.

Die zweite Phase der Verhandlungen zwischen Polen und der Sowjetunion wurde eingeleitet durch den merkwürdigen Besuch Briands am Krankenlager des Pariser Sowjetbotschafters Dowgalewitsch, bei dem der französische Außenminister der Sowjetregierung einen Nichtangriffspakt anbot. Zugleich überreichte der polnische Botschafter Patek in Moskau dem Außenkommissariat eine Note, in der er die Entwidlung der bisherigen Verhandlungen zwischen Warschau und Moskau zusammenfaßte, ohne jedoch irgendwelche neuen Vorschläge zu unterbreiten. Das Ganze war sowohl von Paris wie von Warschau aus nichts anderes als ein diplomatisches Manöver, welches darauf berechnet war, die deutsche Regierung mit der Drohung einer Verständigung zwischen Frankreich, Polen und der Sowjetunion unter Druck zu setzen, was tatsächlich auch, dank des besonderen „Weitblicks“ der deutschen Außenpolitik auch gelang. Über dann erklärten die Regierungen von Paris wie von Warschau, daß sie den Vertrag, den sie selber angeboten hatten, nicht abschließen könnten, wenn nicht auch gleichzeitig ein ähnlicher Vertrag zwischen Rumänien und der Sowjetunion abgeschlossen werde. Rumänien aber forderte als Vorbedingung, daß die Sowjetregierung einen Bericht auf Bessarabien aussprechen solle. Dadurch wurde der Abschluß des Vertrags abermals verhindert.

Jetzt hat die polnische Regierung, die jahrelang den Vertrag verschleppt hatte, sich sehr plötzlich entschlossen, den Nichtangriffspakt zu unterzeichnen, und zwar ohne daß Frankreich oder Rumänien beteiligt sind. Hat sie damit vielleicht ihre kriegerischen Pläne gegen die UdSSR begraben? Keineswegs; aber es schien ihr doch notwendig, wenigstens vorübergehend eine Entspannung ihres Verhältnisses zur Sowjetunion zu erzielen; ja, der Abschluß des Paktes erschien ihr so dringend und so eilig, daß sie ihre früheren Bedingungen glatt unter den Tisch fallen ließ.

Welches sind die Gründe, die Polen zum Abschluß des Nichtangriffspaktes bewogen haben? Einmal sind es Rücksichten auf die katastrophale Wirtschaftslage Polens, das von der Krise auf das Schwerkste zerrütet ist, so daß die Regierung fast ununterbrochen mit großen Streiks der Arbeiter und gefährlichen Aufständen der Bauern zu kämpfen hat. Dazu kommt die Einsicht, daß der Sieg des Zünfjahrplans die Sowjetunion zu einer so gewaltigen Macht gemacht hat, die anzugreifen für einen von der Krise unterminierten Staat wie Polen lebensgefährlich sein könnte. Dazu kommen aber auch außenpolitische Erwägungen der Warschauer Regierung, die durch die Lage in Deutschland bestimmt werden.

Die Regierung Papen hat bekanntlich dem französischen Imperialismus ein wirtschaftliches und militärisches Bündnis angeboten, das seine Spitze gegen die Sowjetunion

richten mißte; sie hat dafür als Gegenpreis gewisse Grenzbestimmungen auf Kosten Polens gefordert. Herriot hat zwar Papens Angebote abgelehnt, aber in Warschau hat diese abenteuerliche Politik der Regierung Papen größte Erregung ausgelöst! Daher die plötzliche Bereitschaft, den Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion zu unterzeichnen!

An demselben Tage, an dem Polen den Nichtangriffspakt mit der Sowjetunion unterschrieb, trat Deutschland dem französisch-englischen „Konsultationspakt“ bei. Damit setzt die Regierung Papen ihre Politik der Annäherung an Frankreich fort, die ihr bereits zwei schwere Niederlagen — in Genf auf der Abrüstungskonferenz und in Lausanne auf der Tributkonferenz — eingetragen haben. Der Beitritt der deutschen Regierung zum französisch-englischen „Konsultationspakt“ ist um so beschämender, als ja dieser Pakt ursprünglich als Geheimvertrag zwischen Herriot und Macdonald abgeschlossen wurde, um den deutschen Forderungen einen Riegel vorzuschieben. Der Beitritt Deutschlands zu dem französisch-englischen Abkommen ändert nichts an der Tatsache der französisch-englischen Verständigung, sondern unterstreicht nur noch einmal die Feststellung, daß die deutsche Bourgeoisie keine selbständige Außenpolitik zu treiben vermag, sondern sich dem Diktat der Mächte von Versailles fügt!

Der Weg, den Papen mit seinem Bündnisangebot an Herriot beschritten hat, und der jetzt durch den Beitritt Deutschlands zu dem französisch-englischen Konsultationspakt fortgesetzt wird, führt Deutschland immer mehr in das System der imperialistischen Politik des Imperialismus. Jeder Schritt, den die deutsche Regierung in der Richtung auf Paris tut, ist zugleich ein Schritt in der Richtung des neuen imperialistischen Weltkrieges gegen die Sowjetunion. Darin liegt die Bedeutung des Beitritts der deutschen Regierung zum französisch-englischen Pakt!

Gorgulow: Todfeind des Kommunismus

Das erste Verhör des Präsidentenmörders — Ablenkungsmanöver des Verteidigers

Paris, 26. Juli. Der Anklageakt gegen Gorgulow muß zugeben, daß Gorgulow ein Weißgardist ist, ein Feind der Sowjets. Sowohl während des Bürgerkriegs, als auch während seines Aufenthalts in Polen, Prag und in Paris. Mit aller Sorgfalt werden jedoch Hinweise auf die engen Verbindungen zwischen Gorgulow und den weißgardistischen Gruppen in Paris vermieden. Zugegeben wird, daß Gorgulow in Paris Verbindungen mit bekannten Weißgardisten unterhalten habe, jedoch verschweigt, daß Gorgulows Mitarbeiter Rutshlow Werpolizist bei Renault gewesen ist und nach seiner eigenen Aussage am 8. Mai, zwei Tage nach dem Attentat, im Dienste der Polizeipräfektur gestanden hat.

Der Anklageakt verschweigt absolut den Kontakt zwischen dem Mörder und dem Weißgardistenblatt „Wojroshdenje“. Nicht einmal auf die Zeugen wird hingewiesen, die ausgesagt haben, daß Gorgulow einen Kursus in der Kriegsschule von Müllers absolviert hat. Auch die Verbindungen zur tschechischen und französischen Regierung werden selbstverständlich übergangen.

Gorgulows Verteidiger, Rechtsanwalt Géraud (der auch Jantes Mörder verteidigte), beantragte die Heranziehung neuer medizinischer Sachverständiger, um Gorgulow für unzurechnungsfähig zu erklären, trotzdem die Gerichtsärzte festgestellt haben, daß Gorgulow im vollen Besitz seiner Geisteskräfte ist.

Es folgte eine Rede von Gorgulow, die über eine Stunde dauerte. Sie war im allgemeinen recht zusammenhanglos,

bewies jedoch, daß er ein erbitterter Feind der Sowjets, ein Todfeind des Kommunismus ist, den er eine „besondere Mentalität“ nannte. Gorgulow erklärte, im Namen von hundert Millionen russischen Bauern gehandelt zu haben, die man von der „blutigen Tyrannie der Sowjets“ erlösen möchte. Er gibt zu, den Präsidenten Doumer getötet zu haben, weil er diejenigen strafen wollte, die nicht sofort Sowjetrußland angreifen wollten. Er schloß mit der Erklärung, daß er sich selbst gepöfert habe, daß aber seine Idee bestehen bleiben müsse. Eine Weltkatastrophe nähere sich und er hätte die Aufmerksamkeit auf seine Idee, auf die Notwendigkeit eines Krieges gegen die Sowjetunion lenken wollen. Aus diesem Grunde habe er sich freiwillig geopfert.

Krieg zwischen Bolivien und Paraguan

England und die Vereinigten Staaten haben Paraguan und Bolivien gegeneinander in kriegerische Konflikte gehetzt. Es handelt sich in erster Linie um einen Kampf um Absatzmärkte und um die Wasserverkehrswege zum Meer. Infolge der Verschärfung der ökonomischen Schwierigkeiten Südamerikas kam es nun zu dieser entscheidenden Wendung. Von beiden Seiten bemühen sich die Bankmagnaten und Generäle, den offenen Krieg hervorzurufen. Am Mittwoch überschritt eine Abteilung von 500 paraguannischen Soldaten die Grenze und marschiert auf Santa Cruz. Bolivianische Truppen haben sich der Abteilung entgegengestellt, wobei es zu einem heftigen Gefecht kam. 36 Stunden lang haben die bolivianischen Truppen dem Angriff standgehalten.

Unsere kommunistische Bruderpartei in Bolivien hat einen Aufruf an die Massen erlassen gegen die Kriegstreiber von beiden Seiten. Die Bourgeoisie der kriegführenden Länder hat darauf mit Unterdrückungsmaßnahmen gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung geantwortet. In La Paz sind zahlreiche Kommunisten verhaftet und eingekerkert worden.

Der Bürgerkrieg in Brasilien

Rio de Janeiro, 26. Juli. Nach einer erbitterten Schlacht bei Vaccaria, ergaben sich die Aufständischen im Staate Rio Grande do Sul. Viele sind geflohen.

Sao Paulo ist trotz des Einmarsches von Bombenfliegern noch fest in den Händen der Aufständischen.

Gottlieb Neumann in Primolnoje von Berta Lask

Copyright by „Kotie Vabnc“, Berlin. Erzählung aus dem Leben eines deutschen Arbeiters in der Sowjetunion.

4. Fortsetzung

„Wie er ausgekauert war und in die Wohlfahrt kam, ein paar danach hat er den Cashahn aufgedreht. Die Alte auch gleich mit weg.“

Emma drückte das Taschentuch an die Augen. Neumann ging der Atem schwer. „Und sein Junge?“

„Der ist in die Kote Jungfront eingetreten.“

„Die ist doch verboten.“

Fritz lachte laut und übermütig. „Ich bin auch drin.“

Jetzt konnte Kolja, der alles verstand, sich nicht länger halten. „ Bravo!“ rief er, „du Rotarmist“, padte den Büscheln an beiden Schultern und schwenkte ihn herum.

Neumann stand schwer und ratlos. Er hatte den unbezwinglichen Wunsch, allein zu sein. Aber eine Frage drängte noch nach Antwort. Sein Kollege Weber, der mit ihm in die Sowjetunion gefahren und nach zweimonatlicher Arbeit im Donbas unzufrieden nach Deutschland zurückgekehrt war, was war aus ihm geworden?

„Er will wieder her, Vater“, sagte Fritz einfach. „Er bittet dich, ihm eine Stelle in deinem Betrieb zu besorgen.“

Neumann ging mit schnellen Schritten aus der Stobewaja. Emma und Nummerichs Frau weinten leise. Fritz wollte den Eltern folgen. Aber ein krausköpfiger Arbeiter mit kleinen spitzen Augen, derselbe, der den Zuruf gemacht hatte, hielt ihn fest und sagte: „Wir reden nachher noch zusammen, Kollege, ja!“

Der Kanarienvogel sang tief in den Abend hinein. Emma hatte vergessen, das Vogelbauer zuzudecken, zum erstenmal in ihrem Leben. Auf den umgehäuerten Fischenstämme vor dem Arbeiterhaus sah Fritz in einem Kreis deutscher und russischer

Arbeiter. Neumann sah ihm gegenüber auf einem selbstgezimmerten Bänkehen. Er rauchte Pfeife und war sehr still. Fritz sprühte vor Lebendigkeit und Eifer. Er hatte Mühe, dem Ansturm der Fragen standzuhalten. Die deutschen Arbeiter wollten genau wissen, wie es in Deutschland aussah.

„Wir leben hier in der Wildnis, weißt du“, sagte der Krauskopf lachend. „Wir wollen wissen, wie es in einem zivilisierten Land aussieht.“

„Zivilisiert“, sagte Fritz sehr ernst mit einer bitteren Falte um den jungen Mund. „Deutschland versinkt in Barbarei. Und zuerst geht die Jugend kaputt.“

„Ihr Jungen kaputt?“

„Nicht wir, die kämpfen, aber die andern, die noch nicht kämpfen.“

Die Sterne leuchteten hell wie Nordlicht über den Köpfen der Arbeiter. Durch den harzduftenden russischen Fichtenwald zogen wie Wespen die Bilder deutscher Stempelstellen und Wohlfahrtsämter, tönte schaurig das Sterben und Schweigen deutscher Produktionsstätten. Wohlklingend klang das gedämpfte rhythmische Maschinengeräusch aus dem Betrieb Warnik herüber.

Neumann bekam ein unbehagliches Ziehen in der Wangengegend, fühlte einen lähmenden Druck auf dem Kopf genau wie im Krieg, wenn es in den vorderen Schützengraben ging, wenn man hilflos den heranzustürzenden Geschossen ausgeliefert lag.

Er klopfte die Pfeife aus, ging ins Haus und legte sich schlafen. Nach Mitternacht wachte er auf. Der Mond schien ins Zimmer. Die Müden summteten. Einen Augenblick war es Neumann, als stünde im Rahmen der Balkontür der Rotarmist von der Grenze und richtete wieder die hellen Bauernaugen auf ihn. Neumann fuhr mit der Hand über die Stirn und spürte: Nervenzkosten das hier. In Zuständen nervöser Erregtheit jagten die aufgeregten Gedanken in Bilderreihen vorüber. An Neumanns geschlossenen Augen zogen wieder die Bilder seines vergangenen Lebens vorbei, wie auf der Bahnfahrt durch Polen, Bilder vergangener Gewerkschafts- und Parteiverfammlungen. Er sah seinen Jugendlameraden Severing und andere Führer auf dem Podium stehen mit Gelächern von Kampf und besserer Zukunft. Vor die alten Bilder schob sich breit und mächtig das Bild der heutigen Belegschaftsverfammlungen, die flammenden, ersten Arbeitergeichter auf dem Werkhof in Primolnoje, die breite proletarische Gestalt des roten Kommandeurs. Das waren dieselben russischen Arbeiter, die sich quälten, die bisweilen hungerten. Und plötzlich

überfiel ihn die Erkenntnis, warum diese Arbeiter so heroische Opfer bringen mußten. Weil er, Gottlieb Neumann, Vorkarbeiter von Borzig, Mitglied der SPD, Mitglied des deutschen Metallarbeiterverbandes und tausend andere Gottlieb Neumanns die russischen Arbeiter allein gelassen hatten, weil er trüg und feige abwarten wollte, wie „das Experiment“ ausfallen würde.

Neumann warf sich erregt auf die Seite und sah seinen Sohn Fritz in tiefem Schlaf. Ueber der leeren rechten Augenhöhle war das Lid tief eingesunken. Fürs Leben verpflückt. Und wer trug die Schuld? Ein Wespenhaufen stehender Fragen stürzte sich auf ihn. Als der Himmel im Osten hell wurde, schlief Neumann ein.

Am nächsten Tage war wieder eine Belegschaftsverfammlungen, von Parteizelle und Gewerkschaftsleitung einberufen. Die Frage der fünfzehn deutschen Facharbeiter von Abteilung B stand zur Verhandlung. Ernst und schließlich wurde untersucht, was die deutschen Facharbeiter zu ihrem Entschluß getrieben hatte. Wassil Swanowitsch, der Kulatenjohn, wurde wegen fortgesetzten Stehlens von Werkzeug und mehrfacher geheimer Sabotage dem Gericht überantwortet. Der Leiter der Kommission zur Produktionsverbesserung, die Nummerichs Vorschlag verschleppt hatte, wurde zur Verantwortung gezogen. Den Deutschen wurde der Vorwurf mangelnder Kameradschaftlichkeit gemacht. Zum Schluß wurden die deutschen Facharbeiter aufgefordert, sich noch einmal zu äußern. Sie wählten Neumann zum Sprecher.

Neumann ging auf das Podium, auf dem am Tage vorher der rote Kommandeur gestanden hatte. Er war gewohnt, auf Gewerkschafts- und Parteiverfammlungen in der Diskussion zu sprechen. Aber jetzt wollten keine Worte kommen. All die alten Worte, die er so oft gesprochen hatte, waren falsch und verbraucht, wollten nicht passen. Er stand stumm auf dem Podium, sah viel tausend Augen auf sich gerichtet, dachte daran, wie diese Augen gestern geflammt hatten, sah weit hinten den Sohn mit der schwarzen Binde. Und plötzlich begann er zu reden, zuerst mit rauhen, heißen Worten, dann wie ein Strom, der ein Wehr durchbrochen hat.

Die Gesichter der Arbeiter hoben sich ihm entgegen. Die Köpfe reckten sich nach vorn. Neumann sprach. Er wußte nicht, was er sagte. Es sprach etwas aus ihm, wovon er nichts gewußt hatte, etwas, das verschüttet lag und jetzt hervorbrach. Wie fremd hörte er seine eigene Stimme laut und klingend über den Köpfen der Verfammlungen.

(Fortsetzung folgt.)

Nieder mit dem Schandpakt von Lausanne

Die Kommunistische Partei unterbreitet bereits heute den werktätigen Volksmassen den ersten Antrag, der dem neu zu wählenden Reichstag vorliegen wird. Er hat folgenden Wortlaut:

Nr. 1 Reichstag
VII. Wahlperiode 1932.
Antrag.

1. Der im Einverständnis mit Hitler abgeschlossene neue Tributpakt von Lausanne, der die Anerkennung des Versailler Systems, des Dawes-Abkommens und Young-Paktes einschließt, wird nicht durchgeführt. Alle auf diesen imperialistischen Verträgen und Tributpakten basierenden Gesetze werden für null und nichtig erklärt.

2. Die Zahlung aller Tributzinser und verschleierte Reparationszinsen werden sofort eingestellt. Die dadurch freiwerdenden Mittel werden für Arbeitsbeschaffung zu Tariflöhnen, Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, der Renten und Ausbau der sozialen Leistungen verwandt.

Fritz Heckert, Redakteur, für Wahlkreise Breslau und Liegnitz.
Anton Jadasch, Bergarbeiter, für Wahlkreis Oppeln.

Die Wahrheit über Lausanne

Wer unter Vorpiegelung solcher Tatsachen oder durch Verschweigen der Wahrheit zu seinen Gunsten oder zu Gunsten eines anderen auf Kosten eines Dritten sich bereichert, ist nach dem Strafgesetzbuch ein Betrüger.

Betrüger aber sind alle diejenigen, die in diesem Wahlkampf die furchtbare Wahrheit von Lausanne verschweigen. Diese

Verschwörung des Schweigens

geht von der Sozialdemokratie bis zu den Nationalsozialisten. Sie halten es alle mit dem Vapinort: Das Volk will betrogen werden. Und sie richten nicht zuletzt deshalb ihre schamlose und verlogene Dage gegen die Kommunisten, weil nur die KPD die Wahrheit sagt und gegen die neue Aera der nationalsozialistischen Tributflaubelei ebenso kämpft, wie sie seit

den Tagen von Versailles die sozialdemokratisch-bürgerliche Erfüllungspolitik als einzige Partei bekämpft hat.

Die Wahrheit ist,

daß die Papen-Regierung mit den heute brigen Tributmächten in Lausanne einen schmachvollen und aufreizenden Pakt zur gemeinsamen Ausbeutung des werktätigen Volkes Deutschlands beschlossen hat.

Die Schlotbarone im Ruhrgebiet in Ober- und Niederrhein, die raffgierigen Oelbarone und die strapellosten deutschen Bankhyänen haben mit ihren Kumpanen von der internationalen Hochfinanz in Paris, London, Rom, Brüssel und Newyork einen Vertrag abgeschlossen, dessen Inhalt — wenn man ihn seiner heuchlerischen Diplomatenprache entkleidet — nichts anderes bedeutet, als die gemeinsame Bereicherung auf Kosten der deutschen Arbeiterklasse und aller werktätigen Schichten.

Wer bezahlt die Milliarden Tributlasten?

Wir, das werktätige Volk, und nicht die Millionäre, die mit schätzungsweise 20 Milliarden Mark seit Jahr und Tag ins Ausland verschwandern sind und die vom Ausland aus die Hitler-Bewegung finanzieren.

Um das von Papen in Lausanne ausdrücklich anerkannte Raubrecht der Tributmächte vollständig zu erfüllen, wobei aber gleichzeitig der Profit der einheimischen Kapitalisten übergeholt werden soll, bedarf die verdorbene Ausbeutung durch Hungerlöhne, notverordneter Kurzarbeit, und Rentenraub, durch Erhöhung der Steuerlasten und menschenunwürdige Zwangsarbeit für die Jungarbeiter.

Die vaterländische Phrase im Munde, die Hungerpeitsche in der Hand, die Geldhadiinteressen der Bank von Frankreich sind den Nationalsozialisten und ihren patriotischen Freunden wichtiger, als die bedrohten Lebensinteressen des schaffenden Volkes.

„Ruhe und Ordnung predigen die Raubtiere,

um ihre Beute ungehindert verzehren zu können.“ So kennzeichnet schon Florian Geyer in den deutschen Bauernkriegen vor 400 Jahren die Methoden der damals herrschenden Raubritterklasse, deren Erben heute in Deutschland herrschen. Ausnahmezustand, Standgerichte, Unterdrückung und Gewalt landauf, landab — das ist das innenpolitische Programm der herrschenden Klasse Deutschlands zur Durchführung des Lausanner Paktes.

Die Zusammenhänge müssen alle Werktätigen sehen. Während die nationalen Herrschenden, die uns regieren, ihren Galen-Kreuzzug gegen das deutsche Volk durchführen und sich ihrer „Siege“ rühmen, haben sie Deutschland erneut verraten und verkauft, haben sie in Lausanne eine Abmachung mit den ausländischen Kapitalisten geschlossen, die in ihren weiteren Folgen furchtbarer und schmachvoller wird, als die Niederlage von Versailles 1919.

Es mußte so kommen, denn die kapitalistische Klasse in Deutsch-

land kann ihre Macht über die empörten Volksmassen nur durch die entwürdigende Unterwerfung vor dem französischen Finanzkapital und seinen anglo-amerikanischen Bundesgenossen aufrecht erhalten.

Wer die Freiheit des Proletariats rektlos unterbrückt, der opfert die Freiheit Deutschlands.

Seht nach Österreich, wo nach einer Aera schrankenloser Unterdrückung der Werktätigen die faschistische Dollfuß-Regierung die nationale Selbstständigkeit des von 6 Millionen Deutschen bevölkerten Landes für 300 Millionen Schilling an das internationale Finanzkapital veräußert hat. Soll es erst so weit in Deutschland kommen? Vielleicht schon in wenigen Monaten werden wir eine Wiederholung dieser Tragödie erleben, wenn die Papen-Regierung um Kredite bittend in Paris zu Kreuze kriecht. Für die Gegenleistung nationalsozialistischem Landstreichern gegen die Sowjetunion und der Verschärfung Deutschlands an den französischen Generalstab als Aufrüstungsgebiet gegen das Land, dessen bolschewistische Regierung 1919 freiwillig auf jede Tributleistung verzichtete, trotzdem sie dazu ein formales Recht gehabt hätte, wird der französische Imperialismus großzügig bereit sein, „Deutschland zu helfen“.

Es gibt nur eine Macht, eine solch verhängnisvolle Entwicklung zu verhindern, das ist die Arbeiterklasse im Bündnis mit allen werktätigen Schichten, die um ihrer selbst und um Deutschlands willen bereit sind, das Messer zu wagen. Wenn wir Kommunisten euch heute den ersten Antrag unterbreiten, der dem neuen Reichstag vorliegen wird, wenn er überhaupt noch einmal zusammentritt, so deshalb, weil in ihm die ersten Forderungen vereinigt sind, die im Kampf zur Befreiung des sozialen und nationalen Unterdrückung zuerst verwirklicht werden müssen und nicht deshalb, weil wir daran glauben, daß sich im neuen Reichstag eine Mehrheit dafür finden wird, Maßnahmen zu ergreifen, die auch dort geben, aber nur zugunsten des französischen Tributkapitals, nachdem heute schon feststeht, daß die Nationalsozialisten Herrn Papen in die Hand verprochen haben, für den Lausanner Pakt — nach den Wahlen — zu stimmen.

Keinen Pfennig Tribute mehr!

Diese wahre Volksforderung vertritt nur die Kommunistische Partei. Deshalb soll sie auch auf Hitlers Verlangen verboten werden. Die französische Bourgeoisie hat sich mit Hitler ausgelöhnt, der jahrelang die Streichung der Tribute aus agitatorischen Gründen forderte und nunmehr schon seit mehr als zwei Jahren jeden Versuch des werktätigen Volkes in Deutschland, die Tributjesseln zu zerreißen, ebenso verhindert, wie die Sozialdemokratie. Wir wollen gar nicht an die verschiedenen Beruhigungsreden Hitlers an die Adresse der Bankherren in Paris, London und Newyork erinnern. Wir stellen nur noch einmal an Hand der Reichstagsprotokolle das Verhalten der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion bei den wiederholten Abstimmungen über die kommunistischen Anträge auf Streichung aller Tribute fest.

Am 11. Februar 1931 kam es endlich zur Abstimmung über den ersten kommunistischen Antrag (Nr. 16) auf Verbot aller Tributleistungen. Tags zuvor verließ die gesamte nationalsozialistische Fraktion den Reichstag, um nicht Farbe bekennen zu müssen. Am 16. Oktober 1931 wiederholten die Kommunisten ihren inzwischen ergänzten Antrag (Nr. 1137). Wieder verließen die Nationalsozialisten

vor der Abstimmung den Sitzungssaal. Als am 26. Februar 1932 über einen ähnlichen kommunistischen Antrag (Nr. 1329) abgestimmt wurde, enthielten die Nazis sich der Stimme. Erst vor wenigen Wochen, am 13. Mai 1932, erlebten wir es zum vierten Mal, daß bei der Abstimmung über den kommunistischen Anti-Tributantrag (Nr. 1462) die Hitlerpartei durch Sprengung des Reichstags sich erneut eines klaren Bekenntnisses für oder gegen die Fortsetzung der Tributflaubelei entzog.

Das sind Tatsachen, die nicht bestritten werden können. Sie zeigen aber nicht nur, die abgrundtiefe Verlogenheit der Galenkreuzler, wenn sie sich als Tributfeinde aufspielen, sondern gleichzeitig die Entschlossenheit, mit der die Kommunisten immer wieder als einzige Partei gegen das Versailler System und die Youngplan-Erfüllung Sturm laufen.

Wir wollen und können nicht länger zahlen. Das ist die einheitliche Forderung der breiten Volksmassen. Wir sollen aber nicht nur 3 Milliarden Mark zahlen, und 37 Jahre lang tributpflichtig bleiben, wie es der Lausanner Pakt vorsieht, sondern die Summen, die wir aufbringen sollen, sind viel größer, als es von den Tribut-

partelen zugegeben wird. Die neue Reparationslast von Lausanne beträgt in Wirklichkeit 6,8 Milliarden Mark. Hier eine Gesamtangabe aller Tributverpflichtungen, die Papen und Hitler, ohne von uns ermächtigt zu sein, übernommen haben:

Wir sollen zahlen:

1. Dawes-Anleihe 17 Jahre lang	80 Mill. rd. 1 350 Millionen
2. Young-Anleihe 35 Jahre lang	64 Mill. rd. 2 100 Millionen
3. „Gemischte Ansprüche“ an USA. 49 Jahre lang	41 Mill. rd. 2 000 Millionen
4. Besatzungskosten an USA. 34 Jahre lang	20 Mill. rd. 650 Millionen
5. Markabkommen mit Belgien 34 Jahre lang	22 Mill. rd. 750 Millionen
6. Lausanner Reparationen 37 Jahre lang	180 Mill. rd. 6 650 Millionen

zusammen 13 500 Millionen.

Das ergibt schon 400 Millionen Mark in einem Jahr. Hinzu kommt aber noch die Zinszahlung für die sogenannten privaten Anleihen in Höhe von 1,8 Milliarden Mark. Das sind zusammen 2,2 Milliarden Mark jährliche Tribute, die Tribute bleiben, auch wenn man ihnen einen anderen Namen gibt.

Zerreißt die Tributverträge!

Nur ihr könnt es. Doch werdet ihr auf Jahrzehnte tributpflichtig bleiben, wenn ihr nicht endgültig mit dem kapitalistischen System brecht, als dessen sichtbarste Vertreter heute Papen und Hitler in diesem Wahlkampf um eure Stimme buhlen. Wer Hitler wählt, stimmt für das französische Tributkapital. Wer der Sozialdemokratie seine Stimme gibt, hilft wiederum Hitler, denn die sozialdemokratischen Führer sind es, die jeden wirklichen außerparlamentarischen Massenkampf verhindern wollen.

Vor euch steht eine große Entscheidung: Wir wollen aus Deutschland um jeden Preis ein freies, unabhängiges und selbständiges, sozialistisches Sowjetdeutschland machen.

Brecht die soziale und nationale Unterdrückung im Kampf gegen das kapitalistische System und seine Parteien!

Deutschland als „Wall gegen den Bolschewismus“, das ist gleichbedeutend mit restloser Unterwerfung vor Frankreich, das ist die Versailles Schmach hundertfach verschlimmert und vertieft.

Aber Deutschland mit einer Arbeiter- und Bauernregierung an der Spitze, im Bündnis mit der Sowjetunion und der Roten Armee, ein solches Deutschland wird endgültig Schluß machen mit jeglicher Unterdrückung. Erst dann wird es wieder freie Deutsche geben.

Kämpft mit uns für eine Arbeiter- und Bauernregierung, ein freies sozialistisches Deutschland!

Wählt KPD., Liste 3!

Stich und Hieb

in der Antifaschistischen Aktion
ist organisierter Litvertrieb

Jeder Parteiarbeiter macht in der Wahlkampagne die größten Anstrengungen, die Agitation und Propaganda durch einen planmäßigen organisierten Literaturvertrieb zu unterstützen. Dabei sind folgende Neuerscheinungen besonders zu beachten:

„Die rote Einheitsfront“
das Diskussionsorgan, in dem jeder Arbeiter ohne Unterschied seiner Parteizugehörigkeit schreibt, wie die Einheitsfront des Kampfes gegen Hunger und Faschismus gebildet wird. Bringt sie an jeden SPD-Arbeiter heran.

„Woher nehmen und nicht fehlen?“
enthält unser Arbeitsbeschaffungsprogramm.

„Abolj Hitler“
eine Broschüre, die sich mit dem Hitlerfaschismus auseinandersetzt und in Massen an die SPD-Arbeiter gelangen sollte. Außerdem ist eine weitere antifaschistische Broschüre in Bearbeitung.

„Handbuch der kommunistischen Reichstagsfraktion“
Tatsachenmaterial, das jeder Parteiarbeiter braucht.

„Was will die KPD?“
Zweite verbesserte Auflage. Der restlose Vertrieb der ersten Auflage beweist, daß der Inhalt der Broschüre geeignet ist, sich den Weg in die Massen zu bahnen.

Der Bauer steht auf und wehrt sich seiner Haut gegen die Junker und Großbauern, die ihm Hab und Gut rauben.

„Bauernkampf gegen Zwangsenteignung“
ist die Kampfschrift, die in jedes Dorf und in jedes Bauernhaus gehört. Preis 10 Pfennig.

„Der Bietet, ist ein Lump“, das hört man bei jeder Zwangsenteignung, die sich gegen den werktätigen Bauer richtet. Wie der Bauernkampf gegen Zwangsenteignung durchgeführt wird, darüber berichtet mit vielen Beispielen die Broschüre

„Bauernkampf gegen Zwangsenteignung“.
Bei jeder Landagitation mitnehmen. Preis 10 Pfennig.

Wer nicht zur Wahl geht hilft Hitler und der gesamten Reaktion!

Deshalb gehe jeder Werkflügler zur Wahl und wähle Kommunisten, Liste

3

Waldenburg

Ungehore Erregung auf dem Arbeitsamt

Unterstützungsraub bei den Erwerbslosen durchgeführt
Polizei bewacht das Arbeitsamt

Waldenburg. Am Montag erhielten die Erwerbslosen die gestrige Sätze ausbezahlt. Das Arbeitsamt war von Polizei bewacht, und mehrere Kriminalbeamte schweiften überall herum, damit der Raub reibungslos durchgeführt werden konnte.

In welcher Form gekürzt wurde, sollen einige Beispiele zeigen. A. B. erhielt bisher wöchentlich 12,65 Mark, nach der Kürzung noch 90 Pfennig, also 11,75 Mark weniger. A. Sp., verheiratet, ein Kind, wohnt bei den Eltern und hatte eine wöchentliche Unterstützung von 12,65 Mark, er erhält jetzt noch 6,25 Mark, also 6,40 Mark weniger. Sch. mit Frau und drei Kindern erhält nach der Kürzung wöchentlich 6,90 Mark weniger. K. geht bereits sechs Wochen Stempeln und hat bisher noch keinen Pfennig Geld erhalten. Durch Angestellte des Arbeitsamtes war zu erfahren, daß 600 Anträge noch nicht bearbeitet sind, also 600 Erwerbslose an diesem Tagstage keine Unterstützung erhalten. Invaliden, die außer ihrer Invaliditätsrente noch eine Erwerbslosenunterstützung in Höhe von 3 Mark und weniger erhielten, wurde dieselbe abgezogen.

Für zwei Wochen fällt die Stempelkontrolle aus. Wahrscheinlich soll verhindert werden, daß sich die Erwerbslosen treffen. Ein Beweis aber, daß es ohne Stempelkontrolle geht.

In Gruppen fanden die beraubten Unterstützungsempfänger und unterstützten erregt über den neuen gemeinen Raub. Erwerbslose, durch Diskussionen allein wird eine Kürzung der Hungerunterstützungen niemals verhindert werden! Ihr müßt den Kampf aufnehmen gegen jede Maßnahme der Regierung, die euer Existenzbasiert noch verschlechtert. Nehmt auch ein Beispiel an dem Kampf der Wohlfahrts-empfänger im Kreise Waldenburg, die dadurch, daß sie die Annahme der gekürzten Unterstützung verweigerten, den Raub verhinderten! Laßt euch nicht das letzte Stück Brot von der Hosen-Regierung vom Tisch nehmen! Genug des Elends, genug der Schmach, es lebe der Kampf!

Die Liebauer Arbeiterchaft für den revolutionären Kampf

In Liebau fanden am Freitag zur selben Stunde zwei Versammlungen statt. Eine von der SPD. und „Eisernen Front“ und eine von der KPD. Offen entschied sich die Mehrheit der Arbeiter für die SPD., während in der SPD.-Versammlung nur 45 bis 50 Personen anwesend waren, trotzdem eine große Kanone erschienen war. In der Versammlung der KPD. fanden sich dagegen 100 Arbeiter und Arbeiterinnen ein. Vollständige Einmütigkeit herrschte über die Ausführungen des Referenten. In der Diskussion wurden einzelne Fragen über die bevorstehenden neuen Zwangsermittlungen gestellt, die im Schlußwort dahingehend beantwortet wurden, daß dies wie bei der letzten Ermittlung nur durch geschlossenen Massenkampf verhindert wird.

SPD.-Arbeiter bekennen sich zur KPD.

Vorbildlicher Literaturverkauf — Das Ziel zu 100% in drei Stunden erfüllt — SPD.-Arbeiter verlangen nach kommunistischer Literatur — Wer macht diese gute Werbearbeit nach?

Ströbel. Am vergangenen Freitag beschloßen die Genossen der hiesigen Parteigruppe und der KPD. einen Wettbewerb im Literaturverkauf vorzunehmen. Am vergangenen Sonntag fanden sich die hierzu freiwillig gemeldeten Genossen ein, um das Material in Empfang zu nehmen. Der Erfolg war überraschend.

Nach kaum 3 Stunden waren sämtliche Genossen zurück. Der Bestand an Broschüren und Zeitungen wurde restlos ausverkauft. Es wurden insgesamt 152 Broschüren, 10 Pionier- und 15 antifaschistische Zeitungen verkauft. Das gesteckte Ziel ist 100prozentig erreicht worden.

Die Diskussion mit den SPD.-Arbeitern bewies, daß sie zum größten Teil erkannt haben, daß die SPD. mit Schuld an dem Elend der Arbeiterchaft trägt. Während es noch vor kurzer Zeit kaum möglich war, bei SPD.-Arbeitern eine Zeitung bezw. Broschüre umzusetzen, konnten wir jetzt feststellen, daß

sehr viele SPD.-Arbeiter offen zugeben, daß die SPD.-Führer die Arbeiterchaft verraten haben und für sie nur die KPD. als die einzige Arbeiterpartei in Frage kommen kann.

Es war möglich, eine große Anzahl von Broschüren gerade bei SPD.-Arbeitern umzusetzen. Der Vorfall anläßlich des letzten Nazis-Umzuges, wo die Polizei blindlings auf die Arbeiterchaft einschlug und sogar schwer Kriegsverletzte, Frauen und Invaliden von dem Gummihüpfel nicht verschont blieben, hat der hiesigen Arbeiterchaft bewiesen, daß es notwendig ist, auch in Ströbel den Massenelbstschutz zu gründen.

Große Erbitterung hat der Bericht in der „Dredwacht“ unter der Ströbeler Arbeiterchaft hervorgerufen. Der bekannte Schmiedefin der „Dredwacht“ hat es fertiggebracht, zu berichten, daß „die Kommunisten und die Nazi gemeinsam“ die hiesige Arbeiterchaft provoziert hätten.

Die hiesige Arbeiterchaft weiß aber, daß die Kommunisten

An alle Ortskomitees der RGO!

Genossen, immer und immer wieder müssen wir an euch die dringende Mahnung richten, unbedingt pünktliche Abrechnung mit dem Bezirkskomitee durchzuführen. Der Endtermin der monatlichen Abrechnung ist stets der 10. eines jeden Monats. Folgende Ortsgruppen haben diesen Monat überhaupt noch nicht ihre Abrechnung abgeliefert, und sehen uns veranlaßt, dieselben auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen.

Es sind dies die Ortsgruppen: Borganitz, Frankenstein, Gnadenfrei, Görlich, Guhrau, Habelschwerdt, Langenbielau, Liegnitz, Petersdorf i. Hg., Peterswaldau, Quirl, Sagan, Schweidnitz, Striegau, Weigelsdorf.

In Zukunft werden wir streng darauf halten, Marken und Mitgliedsbeiträge erst nach Eingang der Abrechnung und des Geldes zum Verband zu bringen.

Bezirkskomitee der RGO., Abteilung Kasse.

Das planen die Hitler-Papen für die Jugend:

Deutschland — ein Zuchthaus für die Jugend

Das Jugendfürsorgewesen in Diensten der Unternehmer und Gutsbesitzer — Die Jugend soll ohne Lohn arbeiten — Schafft die rote Jugendeinheit gegen die faschistische Arbeitsdienstpflicht!

(Arbeiterkorrespondenz)

Grünberg. Ein junger Arbeiter, der bis vor kurzem in der Erziehungsanstalt in Schweidnitz war, erhielt von dort am 27. Juni einen Brief, aus dem deutlich hervorgeht, daß das heutige Jugendfürsorgewesen ganz in den Diensten der Unternehmer und Gutsbesitzer steht. Die Erziehungsanstalten haben es sich zur Aufgabe gemacht, „Arbeitswillige Elemente“ zu erziehen, die bereit sind, jede Arbeit, auch ohne Entlohnung zu verrichten. Das bedeutet Erziehung von Streikbrechern! Wir veröffentlichen anschließend den Brief des Direktors der Erziehungsanstalt Schweidnitz, an den betreffenden Jungarbeiter.

Prov. Erziehungsanstalt.

511. St. 170.

Schweidnitz, den 27. 6. 32.

An Herrn H. E. bei B.

Grünberg in Schlesien.

Lieber H.

Wie uns das Jugendamt mitteilt, hast du dich bei deiner Ankunft in Grünberg recht schlecht betragen. Wir hatten von dir erwartet, daß du dich bei dieser schweren Zeit doppelt beschneiden würdest. Nun hattest du das große Glück, in der Nähe deiner Heimat eine Landarbeiterstelle angewiesen zu bekommen. Es ist uns vollkommen unverständlich, wie du dazu „nein“ sagen konntest, wo heute Millionen auf Arbeitshellen warten. Den von dir verlangten Lohn wirst du heute wohl nirgendwo bekommen. Wir haben doch in der Anstalt oft genug über die wirtschaftliche Lage gesprochen, um

euch vorzubereiten, daß ihr es draußen zumisch schlechter antreffen werdet, wie es euer sorgenfreies Leben in der Anstalt war. Zudem ist mir ganz unverständlich, wie du und deine Mutter mit der, dir mitgegebenen Kleidung unzufrieden sein konntet. Es ist dies die vierte Entlohnung, die dir der Herr Landeshauptmann bewilligte, und ich glaube, daß mancher junge Mann drauhen unsere Jungen um ihre schönen Kleidungsstücke beneidet. Wir haben dir allerdings nur ein Paar Socken mitgeben können, die du dir zudem noch selber aussuchen dürftest, weil von deinen früheren Ausstattungen noch genügend Socken da waren. Ich hoffe, daß du die nötige Einsicht für meinen Brief hast und dich auch demgegenüber verhältst. Du wirst doch wohl kein Verlangen haben, wieder in die Anstalt zurückzukehren, was allerdings notwendig wäre, wenn du nicht vernünftig bist? Schreibe uns umgehend, ob, und welche Arbeit du gefunden hast. Mit Gruß

dein Direktor.

Der Jungarbeiter hat bei einem Gutsbesitzer zu einem unerhörten Hungerlohn Arbeit zugewiesen bekommen. Aus der Anstalt entlassen, glaubte er jetzt seiner Mutter helfen zu können und etwas zu verdienen. Aus diesem Grunde forderte er auf dem Gutshof eine anständige Entlohnung. Diese wurde ihm verweigert. Jetzt bemüht sich der Direktor aus der Erziehungsanstalt, im Auftrage des Jugendamtes, den Jungarbeiter zur Arbeitsaufnahme zu jedem Hungerlohn zu bewegen. In seinem Brief gibt derselbe offen zu, daß die Jugendlichen in den Anstalten darauf vorbereitet werden, Arbeiten auch ohne Entlohnung zu verrichten. Neben das „sorgenfreie Leben in der Anstalt“ gibt der weiter unten folgende Satz, in dem es heißt: „Du wirst doch wohl kein Verlangen haben, wieder in die Anstalt zurückzukehren“, hinreichend Aufschluß. Wäre das Leben in der Anstalt wirklich so „schön und sorgenfrei“, so brauchte der Direktor gegenüber dem Jungarbeiter, der nach etwas Wohlkommenshelfen brennend hat, nicht mit der Anstalt zu drohen. Die „schönen Kleidungsstücke“, von denen in dem Brief die Rede ist, sind zum Teil, wie zum Beispiel die Socken, verlumpt und nicht mehr reparaturfähig.

In ganz Deutschland droht der Jugend in Form der Arbeitsdienstpflicht die Erziehungs- bzw. Strafanstalt. Nach dem Willen der Hitler und Papen soll Deutschland in ein Zuchthaus für die werktätige Jugend verwandelt werden. Nebenbergscholar, Kasernensozial und Achtbampfschieben soll für die Jugend durch die Arbeitsdienstpflicht eingeführt werden!

Die jugendlichen Arbeiter, alle jungen Werktätigen, müssen sich gegen die faschistische Arbeitsdienstpflicht und die Pläne der Hitler-Papen zur Wehr setzen. Die Jugend muß sich einreihen in die antifaschistische Aktion. Die rote Jugend-einheit ist die heroische Kraft, die die faschistische Arbeitsdienstpflicht bekämpfen wird! Nur der kommunistische Jugendverband führt die KPD. kämpfen mit ganzer Kraft, gegen den Zuchthausstaat, der für die Jugend gesont ist. Alle jungen Werktätigen betätigen sich daher als rote Wachhelfer für die KPD., für die Liste 3!

KÄMPFT MIT DER KPD! WÄHLT LISTE 3



Benzig für 20 Mark Literatur verkauft!

Benzig O. Die Ortsgruppe Benzig O. fuhr am Sonnabend zur Landpropaganda in umliegende Dörfer, hauptsächlich Dörfer mit Landwirtschaft. Umgesetzt wurden für zirka 20 RM. Literatur (Zeitungen und Broschüren), außerdem wurde viel von den Genossen distilliert mit den Landarbeitern. Klaffgenossen! Nicht erlahmen im Kampf gegen den Faschismus. Alle Kräfte eingelegt für die Aufrichtung eines Arbeiterhautes in Deutschland. Jeder Klassenbewußte Proletarier wählt am Sonntag SPD., Liste 3.

Kampf gegen die Not für Arbeit und Brot!
Kampf gegen Faschisten!
Proletarier, herbei! Wählt Liste 3:
Kommunisten!

Auf die Geschmacksrichtung des Schlesiens besonders abgestimmt, wird



Rarität No. 200

in Qualität und Format von keiner anderen Zigarette übertroffen.

NSDAP. eine Arbeiterpartei?

Mit diesem Artikel beendete wir die Artikelreihe "NSDAP. eine Arbeiterpartei?". Diese Artikelreihe ist in der "Volksgemeinschaft" an dem einen oder anderen Platz zu finden. Die Artikelreihe "NSDAP. eine Arbeiterpartei?" ist in der "Volksgemeinschaft" an dem einen oder anderen Platz zu finden.

VI. Nazis und freie Gewerkschaften

Sind die Massen der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter eine gewaltige antifaschistische Kraft, an der sich die Hitlerbewegung ihre Zähne ausbrechen muß, so spielt die Gewerkschaftsbürokratie mit ihrer Politik und Theorie die Rolle der Wegbereiterin Hitlers.

In den für den Gewerkschaftskampf entscheidenden Ausgangspunkten mag der reformistische Wurm, die ideologischen Grundtendenzen der Gewerkschaftsbewegung sind durch den Reformismus seit Jahrzehnten unterwühlt. Die Stellung der Nazis und der Reformisten zur kapitalistischen Wirtschaft und zum kapitalistischen Staat — die Ausgangspunkte für den Gewerkschaftskampf — ist die gleiche.

Die Einstellung zur kapitalistischen Wirtschaft

Hitlers Grundlag lautet:

„Der nationalsozialistische Arbeitnehmer muß wissen, daß die Blüte der nationalen Wirtschaft sein eigenes materielles Glück bedeutet.“ („Mein Kampf“, Seite 676.)

Alfred Braunschthal, der geschickteste Theoretiker des Reformismus, sagt in seinem Lehrbuch, das in allen Gewerkschaftsschulen benutzt und von der Gewerkschaftspresse warm empfohlen wird:

„Es kann natürlich nicht mehr verteilt werden, als erzeugt wurde, und je mehr erzeugt wurde, desto mehr steht für die Verteilung zur Verfügung. Deshalb ist zweifellos der Arbeiter an einer möglichst weitgehenden Steigerung der Produktivität interessiert.“ (Alfred Braunschthal, „Die Wirtschaft der Gegenwart und ihre Ziele“, Seite 62.)

Für die kapitalistische Rationalisierung

Die Einstellung zu der kapitalistischen Rationalisierung resultiert aus der Einstellung zur kapitalistischen Wirtschaft überhaupt. Der Wirtschaftstheoretiker Hitlers, Gottfried Feder, lobt die Schwerindustrie, weil sie „in vorbildlicher Weise die Betriebe rationalisiert hat“. Er schreibt:

„Auch gegen die Produktionsform der sogenannten Schwerindustrie ist vom nationalsozialistischen Standpunkt aus nichts Wesentliches einzuwenden. Gerade die Großindustrie hat in vorbildlicher Weise alle Betriebe rationalisiert. In sie hat keine Kosten gescheut, um immer bessere und einfachere Produktionsmethoden herauszubringen.“ (Feder „Der Deutsche Staat“, 5. Auflage, Seite 67-68.)

Leipart erklärte auf dem ADGB-Kongress in Hamburg 1925 zur kapitalistischen Rationalisierung:

„Wir haben stets ... selber verlangt, daß die Unternehmer sich die technischen Fortschritte zunutze machen und die Organisation der Betriebe verbessern und modernisieren sollen. Wir konnten uns deswegen auch nicht gegen die Rationalisierung wenden, sondern haben sie gutgeheißen und die Später in Kauf genommen, die durch vorübergehende (?) Arbeitslosigkeit von der Arbeiterschaft getragen werden mußten.“ (Protokoll des Hamburger Gewerkschaftskongresses 1925, Seite 12.)

Die Einstellung zum kapitalistischen Staat

Auch in der Einstellung zum kapitalistischen Staat und seinen Organen besteht ein prinzipieller Unterschied zwischen den Reformisten und den Nationalsozialisten. Der bekannte Satz des Vorsitzenden der größten deutschen Gewerkschaft, des Deutschen Metallarbeiterverbandes Alwin Brandes, über den Staat und seine Schlichtungsorgane drückt sich fast wörtlich mit Erklärungen der Hitlerleute. Alwin Brandes sagte auf dem Berliner DWA-Verbandstag 1920:

„An der Stellung, die wir zum Schlichtungswesen auf dem letzten Verbandstag eingenommen haben, wird nichts geändert durch die mancherlei trüben Erfahrungen, die wir in der letzten Zeit machen mußten ... Wir gehen dem Staat das Recht zu, auch in die Arbeitsverhältnisse einzugreifen.“

Der kapitalistischen Staatemacht wird das Recht zuerkannt, in die Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital entscheidend einzugreifen. Das unterscheidet sich mit nichts von der Erklärung Gregor Strazers, daß die von ihm vorgeschlagenen „Ausnahmen vom Tarifrecht“ der Schlichter zu bestimmen habe („Völkischer Beobachter“, 16. 17. November 1931). Die NSDAP erklärt bei Streik, genau so wie die Reformisten, der Spruch des Schlichters entscheidet.

Arbeitsgemeinschaftspolitik des ADGB. und Volksgemeinschaftspolitik der Nazis

Die Arbeitsgemeinschaftspolitik des ADGB, von der „Zentral-Arbeitsgemeinschaft“ bald nach der Novemberrevolution bis jetzt die beste ideologische Vorarbeit für die gelbe nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ war. Über die Tagung des Wirtschaftsrates unter Vorsitz von Hindenburg im Herbst vorigen Jahres schrieb die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, das Organ der Schaperindustrie und der Banken:

„Als das Wertvollste kann man buchen, daß im Reichswirtschaftsrat doch eine Art praktischer Volksgemeinschaft zustande gekommen ist, und zwar eine Volksgemeinschaft, die sich bemüht ist, daß noch Opfer gebracht werden müssen, um die Schuldenwirtschaft der Vergangenheit wieder gutzumachen und abzuwenden.“ („DAZ“, 24. November 1931.)

Am 31. Dezember 1931 rühmte sich Leipart, der Vorsitzende des ADGB, im „Vorwärts“ des ungeheuerlichen Verbrechens, das die Gewerkschaftsführer während des Weltkrieges begangen haben, und versucht, Goebbels und Gregor Strazer zu übertrumpfen. Er schreibt:

„Die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ist ein Stück deutscher Geschichte, und der angeblich „internationale“ Marxismus läßt sich von seinem Verdienst um das innere und äußere Schicksal Deutschlands vor und nach dem Kriege nie während des Krieges durch keine noch

so marxistischer Agitation seinen Dorn abkühlen. ... Auch die gegenwärtige Not kann und darf nicht daran irre machen, daß der große Gedanke der organischen Einheit von Volk und Staat wie der Wille zu einer sozialen Lebensordnung unseres Volkes ... die gestaltenden Kräfte einer großen deutschen Zukunft sind.“

Besser konnte kein Nationalsozialist schreiben. Angefangen vom „Verdienst um das Schicksal Deutschlands nach und während des Krieges“ und endend mit dem „großen Gedanken der organischen Einheit von Volk und Staat“, alles sind Blüten der nationalsozialistischen „Theorien“ der Verneinung von Klassen und Klassenkampf.

Die weiteren Berührungspunkte

Alle reformistischen Theorien über die Aufstiegsmöglichkeit für die Arbeiterklasse im Kapitalismus, die sich um die Verneinung der Verelendungstheorie von Marx drehen, sind Wasser auf die Mühlen des Nationalsozialismus. Die Lage der Arbeiterklasse könne und werde angeblich, auf die Dauer gesehen, im Kapitalismus verbessert, diese These der reformistischen Politik und aller ihrer Theorien ist zugleich das theoretische Fundament der Nazis. Auch die Nazis versprechen den Aufstieg der Arbeiterklasse ohne die Enteignung der Besitzer der Produktionsmittel, ohne die Expropriation der Expropriateure.

Das Wirtschaftsprogramm des ADGB und des Afa-Bundes hat viele Berührungspunkte mit den wirtschaftspolitischen Forderungen der NSDAP. Das Programm besteht aus Maßnahmen „planwirtschaftlichen“ Charakters, die im Rahmen des bestehenden kapitalistischen Systems vom kapitalistischen Staat durchgeführt werden sollen, wobei die Durchführung dieser Maßnahmen als die allmähliche sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft gewertet wird. Auch die Nazis wollen „sozialistische“ Maßnahmen durchführen bei Beibehaltung der Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Arbeitsbeschaffungsprogramme des ADGB und der NSDAP stimmen überein in der entscheidenden Frage, in der Frage der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung. Die Arbeitsbeschaffungsprogramme des ADGB und der NSDAP wollen die für die Arbeitsbeschaffung notwendigen Milliarden hauptsächlich durch inflatorische Maßnahmen herbeischaffen. Sie lehnen es beide ab, die notwendigen Milliarden dort zu nehmen, wo sie vorhanden sind, bei den Reichen.



„Es ist nicht wahr ...“

Die Nazis überschwemmen Berlin mit Flugzetteln. Und jeder Flugzettel zeugt von der Defensivität dieser Partei. Auf Grund der Flugblätter eines Tages, die von den Nazis herausgegeben worden sind, haben wir folgende „Richtigstellung“ gemacht:

Hitler als Tagelöhner

Es ist nicht wahr, daß Hitler im Hotel Kaiserhof ein Luxusapartment bewohnt und eine hohe Rechnung beglichen hat. Wahr ist vielmehr, daß Hitler im Hotel Kaiserhof im Keller oder in einem Badezimmer sein Lager aufgeschlagen hatte, dort nur von trockenem Brot gelebt, keine hohe Rechnung beglichen, sondern während er dort gewohnt hat, dem Küchenpersonal beim Kartoffelschälen behilflich war und dafür als Entlohnung — entsprechend der Entlohnung der Arbeiter im „Dritten Reich“ — einen Sack Kartoffelschalen mitbekommen hat.

Er lebt von Almosen

Es ist nicht wahr, daß Hitler in einem kostspieligen Flugzeug über Deutschland zitt. Wahr ist vielmehr, daß Hitler dem Flugzeug zu Fuß nachzitt, daß er für Jahrespausen keinen Pfennig ausgibt, daß die Versammlungslokale von den Wirten unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden, daß die Millionen, die die Nazi-propaganda verhängt, von den Erwerbslosen und Wohlfahrtsunterstützten durch Kollekten aufgebracht werden.

„Erwerbslose“ Junker und „arbeitslose“ Prinzen

Es ist nicht wahr, daß in der Nazi-Partei sich Prinzen, Generale, Großindustrielle und Junker befinden. Wahr ist vielmehr, daß Adolf sein Leben lang arbeitslos ist, daß Thälens, der einen Aufzug für Hitler erlassen hat, sich bei der Wohlfahrt angemeldet hat, daß die Junker der Hitler-Partei sich bei Kleinbauern für Entenarbeit verdingt haben.

Hitler „gegen“ Papen

Es ist nicht wahr, daß Hitler in irgendeiner Beziehung zur Papen-Regierung steht. Wahr ist vielmehr, daß Papen, nur um Hitler zu ärgern, der SA das Tragen von Uniformen ermöglicht hat, daß der „Völkische Beobachter“ nur scherzhalber wochenlang nach der Notverordnung gerufen hat, daß Hitler sich maßlos darüber ärgert, daß die Papen-Regierung an Gregor Strazer und an andere Nazis den Rundfunk zur Verfügung stellte, und daß Hitler alles getan hat, um die Regierung Papen zu verhindern. Wer das alles glaubt, der wähle Liste 2!

„Die Sozialdemokratie duldet keinen Klassenkampf“

Wer da erwartet, daß in den vielen Wahlversammlungen Neues zu hören ist, der kommt nicht auf seine Rechnung. Es passiert aber manchmal in solchen Wahlversammlungen, daß ein Sozialdemokrat oder Nazimann etwas ausspricht, was er sonst gern verschwiegen hätte. Da hielt der frühere sozialdemokratische Unterichtsminister Grimme eine feurige Rede, und in dieser erklärte er, daß die Sozialdemokratie es nicht dulden könne, daß wieder einmal Klassenkampf in die Schichten und Reihen des deutschen Volkes getragen werde. Wahrlich, ein schönes Wort, wenn auch nicht neu. Daß die

Ebenso besteht eine Annäherung zwischen den Reformisten und Nazis auf dem Gebiet der Wert- und Mehrwertlehre. Die Reformisten haben den marxistischen Standpunkt verlassen und vertreten die verschiedenen Theorien der Vulgärdarwinismus, die das theoretische Rückzug für die klassenharmonische Gewerkschaftspolitik liefern.

Der Weg August Winnigs

Die klassenharmonischen Theorien, die in den Gewerkschaftslehrbüchern, in der Gewerkschaftsliteratur und in den Versammlungen des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Zu allererst aber ist es die Politik des Gewerkschaftsreformismus, die mit ihrer dauernden Preisabgabe der Lebensinteressen der deutschen Arbeiterklasse die schwankenden und wenig standhaften Elemente innerhalb der Arbeiterschaft für die Demagogie des Nationalsozialismus empfänglich macht. Die reformistischen Theorien, die große Ähnlichkeit mit den Theorien der Nazis aufweisen, haben eben die Aufgabe, die reformistische Unterwerfungspolitik zu rechtfertigen.

Die Nazis wollen die freigewerkschaftliche Bewegung zerlegen, weil sie keine Gewerkschaftsorganisationen dulden können, bei deren Mitgliedern der Wille zum Klassenkampf wach ist. Der Gewerkschaftsreformismus ist der Waffenträger und Wegbereiter des Nationalsozialismus. Die lebendige, von Millionen klassenbewußter Arbeiter getragene Gewerkschaftsbewegung aber ist eine Lebensgefahr für den Nationalsozialismus.

Der Name August Winnigs ist eine Warnung für jeden klassenbewußten Gewerkschafter. August Winnig, ehemaliger Führer des Baugewerksbundes, der den Weg zu Hitler gefunden hat, verkörpert in seiner Person den Weg des Gewerkschaftsreformismus. Winnig in Deutschland hat genau so wie D'Arragona in Italien die Konsequenzen gezogen, er ist bei der finsternen kapitalistischen Reaktion gelandet. Die Ausgangspunkte des Gewerkschaftsreformismus, seine bejahende Einstellung zur kapitalistischen Wirtschaft und Staat, sind die des Nationalsozialismus. Unter den Bedingungen der allgemeinen Krise des Kapitalismus wird der Gewerkschaftsreformismus immer weiter auf dem Wege der Preisgabe der Interessen der Arbeiterschaft, der Unterwerfung dieser Interessen den Interessen der kapitalistischen Wirtschaft und Staat, getrieben. Unter bestimmten Umständen landet er beim offenen Faschismus.

Der Kampf gegen den Reformismus innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist deshalb ein unzertrennlicher Bestandteil des Abwehrkampfes gegen den Nationalsozialismus. Der Kampf gegen den Gewerkschaftsreformismus ist zugleich der Kampf um die Schaffung des Damms, an dem sich die nationalsozialistische Reaktion den Schädel einrennen wird.

Sozialdemokratie keinen Klassenkampf will und keinen Klassenkampf duldet, hat sie zur Genüge bewiesen. Oder eigentlich nicht. Denn die Sozialdemokratie hat bisher den Klassenkampf von oben, den Klassenkampf gegen die Arbeiterschaft, den Klassenkampf der Brüningregierung gegen die werktätigen Massen nicht nur geduldet, sondern in jeder Hinsicht unterstützt.

Jetzt, da man den Herren sozialdemokratischen Ministern einen Fußtritt verweigert hat, erklären sie plötzlich, daß die Sozialdemokratie keinen Klassenkampf duldet.

Dies erklären sie aber merkwürdigerweise nicht in allen Versammlungen. Wir wissen nicht, welche Schichten in dieser Versammlung anwesend waren, in der Grimme gesprochen hat. In Versammlungen aber, die zumeist von Arbeitern besucht werden, schwingt die Sozialdemokratie wieder so manch radikale Phrase.

Es ist gut, daß jeder Arbeiter diese radikalen Phrasen mit der Erklärung von Grimme vergleicht, dann wird er wissen, was er von diesen radikalen Phrasen zu halten hat.

Wer also gegen den Klassenkampf ist, wählt Liste 1!
Wer für die rote Einheitsfront ist, wählt Liste 3!

„Denkt an Altona!“

Es ist der alte Trick: Haltet den Dieb! Denkt an Altona! Blickt es dir in schreienden Lettern von der Litfahsäule entgegen.

Und dann geht's weiter: „Soll ganz Deutschland in diesem Blutrausch versinken? Weg mit der bolschewistischen Pest! Wählt Nationalsozialisten, Liste 2!“



Ja wohl, denkt an Altona! Hier liegen dreizehn Proletarier auf der Bahre, hunderte befinden sich schwer verwundet in den Krankenhäusern. Sie wurden hingemordet von den braunen Banditen, in der Stadt mit einem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten.

„Soll ganz Deutschland in diesem Blutrausch versinken?“ Ja wohl, das ist das Ziel der Nazis. Ihr Vorbild ist das faschistische Italien. Sie wollen hunderte, tausende Proletarier in Deutschland morden.

Die Antwort: Weg mit der braunen Pest! Und denkt daran, in Altona herrscht ein sozialdemokratischer Polizeipräsident.

Allein die Antifaschistische Aktion führt den unerbittlichen Kampf gegen den Faschismus.

Das ehemalige Vorstandsmitglied der SAP.

Genosse Jacobsen im Rundfunk

zu hören ist gegenwärtig nicht möglich, dort sprechen nur die Führer der Systemparteien von den Nazis bis zur SPD.

Am Freitag, 29. Juli, 20 Uhr aber spricht er im **Circus Busch**

SPD., SAP. und parteilose Arbeiter, erscheint in Massen!

Brennen und Unordnung

Breslau, 27. Juli.

47 Arbeiter in der Bellafelstraße verhaftet

Gestern abend führte die Breslauer Polizei eine Aktion gegen die Antifaschisten in Breslau-Nord durch. Auf der Bellafelstraße fand eine Versammlung statt, die Stellung nehmen wollte zu den faschistischen Überfällen auf wehrlose Arbeiter in der vergangenen Nacht. Die Polizei, die vermutete, einen Generalkoup zu machen, stürzte mit ca. 15 bis 20 Polizeibeamten mit „Hände hoch“ und vorgehaltenem Revolver das Lokal, durchsuchte sämtliche Anwesenende auf Waffen. Selbst in der Gaststube sitzende Gäste wurden einer Durchsuchung unterzogen. Dann wurden sämtliche Versammlungsteilnehmer auf die Polizeiwagen verfrachtet, nachdem man sie im Hofe des Schießwerbers untergebracht hatte und nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Wie aus die Pressestelle des Polizeipräsidiums mitteilt, handelt es sich um 47 Personen. Ob dieselben schon freigelassen sind, konnte uns die Pressestelle nicht angeben. Angeblich sollen „Waffen“ am Fußboden (!) gefunden worden sein, deren Besitzer nicht festzustellen war.

Pioniere im Stadtteil Zentrum stoben vor

(Pionierkorrespondenz)

Gestern wurde im Zentrum eine Abteilung der roten Jungpioniere gegründet. Vier Arbeiterkinder, die da waren, hatten schon lange im Sinne der Pioniere gearbeitet. Wir haben eine lange Wandzeitung gebastelt, Transparente gemacht, sind mit einem Wagen, wo Karolen und Plakate oben sind, durch die Stadt gefahren, und haben auch sehr mitdiskutiert. Da haben wir dann beschlossen, alle gemeinsam zu den roten Jungpionieren einzutreten. Wir wollten den Parteigenossen zeigen, daß wir kämpfen wollen und daß wir uns auch organisieren wollen. Auf unserem ersten Abteilungsabend haben wir erzählt, wie es uns allen geht. Wir sind alles Arbeiterkinder, von 12 haben 5 bloß ein eigenes Bett. Wir kriegen alle morgens zum Frühstück nur Margarine oder Fettstücken. Ein einziger von uns kriegt in der Schule alle Tage Milch. Wir wissen, daß, weil es uns schlecht geht, wir auch dagegen kämpfen müssen. Wir wissen, daß nur die Kommunisten für die wirkliche Befreiung der Arbeiterkinder kämpfen. Alle Arbeiterkinder müssen deshalb am kommenden Sonntag die Liste 3 wählen.

Wir fordern alle Arbeiterkinder auf, ihre Kinder zu den roten Jungpionieren zu schicken. Wir fordern weiterhin, den Stadtteil West und Süd auf, nicht ins Hinterzwecken zu geraten, sondern schleunigst die roten Jungpioniere zu gründen.

Seid bereit — rote Jungpioniere Zentrum.

Auch die Tischanischer Genossen sind auf der Wacht!

Tischanisch. Auch die Tischanischer Genossen werden nun recht reger. In zwei Propagandasäulen, die sie aufstellten, verlaunten sie in der Zeit vom Mittwoch, dem 20. bis Sonnabend, den 23. Juli, für 60 Mark an Zeitungen, Literatur, Plaketten und antifaschistischen Marken. Die Listenammlung hat bisher 770 Mark ergeben. Die letzten Tage vor der Wahl müssen die Genossen die Aktivität noch um ein weiteres steigern.

In der am Freitag hier durchgeführten öffentlichen Versammlung, in der der Genosse Kleinert zu dem Thema: „rote Einheitsfront — Eiserne Front oder Faschismus“ sprach, war ein guter Erfolg für die rote Einheitsfront und die antifaschistische Aktion. Sie zeigte auch, daß die Tischanischer Arbeiterklasse immer mehr erkennt, daß der Kampf gegen Faschismus und Notverordnungsdiktatur nur in der roten Einheitsfront erfolgreich geführt werden kann.

Die Nazis haben sich am Sonnabend in ihrer so groß angelegten Kundgebung einen mächtigen Schnupfen geholt. Einrichtlich des Versammlungsredners der SA. und aller SA-tage, die man bis aus Brodau herangeholt hatte, waren kaum 60 Mannlein im Saal, die sich anschließend an die Versammlung unter polizeilichem Schutz und unter dem Gelächter der Proleten nach Hause begleiten ließen.

Nazis trinken kein Ripe-Bier!

(Arbeiterkorrespondenz)

Seit im Mai durch die Solidarität der Ripe-Arbeiter zwei Nazis entlassen werden mußten, führt der Gastwirt Walzbach auf der Sterastraße zwischen der Gneisenaustraße und dem Arbeitsamt kein Ripe-Bier mehr. Wie er seinem Freunde, dem Nazi-Zeitungsbander von gegenüber, mitteilte, denke er gar nicht daran, so eine „rote“ Brauerei (!) zu unterstützen. Wir stellen fest, daß zahlreiche Arbeiter und Arbeiterkinder ihre teuer erworbenen Groschen in diesem Nazilokal ausgeben, ohne zu wissen, daß sie damit ihren Klassenfeind unterstützen. Der oben erwähnte Nazi-Zeitungsbander pflegt die Nazi-Zeitungen so an seinem Wagen zu befestigen, daß die Leitartikel voll sichtbar sind, dagegen wieder die „Arbeiter-Zeitung“ nur ganz versteckt anmacht, daß man sie kaum entdecken kann. Diese Methode trifft leider auf noch eine ganze Reihe Zeitungsgestände zu. Es gilt auch hier ein wachsameres Auge zu haben und nicht den Wählerweind zu unterkühlen. Meldet derartige Fälle, wie die obigen, eurer Zeitung und euren Organisationen.

Brieger Polizeiverwaltung will Geschäfte machen

Brieg. Die Brieger Genossen wollten genau so wie die Genossen in anderen Städten Wirtschaften in den Straßen aufstellen. Jedoch die Polizeiverwaltung hinderte sie daran. Die Genossen sollen erst die Genehmigung zur Aufstellung einholen, und zwar sollen sie ein Staudgeld von 70 Mark bezahlen. Die Brieger Polizeiverwaltung scheint bereits nach dem Programm des Dritten Reiches zu verfahren. Brieger Arbeiter, protestiert gegen diese Polizeimachenschaften! Die sollen sich das Geld für ihre Polizeikommission bei Heine, Löwenthal und dem Stadtverordnetenvorsitzer Heim holen und sollen der Oberbürgermeisterwitwe, dem Oberbürgermeister Poppel, den Stadträten usw. die horrenden Bekandlungen und die zinslosen Darlehen an die Brieger Firmen streichen und nicht den Proleten die Hungerpfennige nehmen.

Agitiert nun erst recht unermüdblich auf den Stempelstellen und in den Betrieben für die Bezeichnung der Arbeiterklasse, für die Liste 3.

Ob Wels, ob Hitler — einerlei, wählt Kommunisten, Liste 3!

Vom Streikrieg der Ohlauer Eisenbahnarbeiter

Ohlau. Wie wir gestern bereits berichteten, haben die Arbeiter der Fa. Leistikow, die am Sonnabend früh geschlossen in den Streik traten, denselben mit Erfolg beendet. Am Montag nahmen die Arbeiter die Arbeit wieder auf, nachdem sämtliche Forderungen vom Unternehmer bewilligt waren. Die Forderungen bestanden darin:

1. Zahlung des Tariflohnes;
2. Herabsetzung des Arbeitspensums von neun Schwellen auf sieben;
3. Stellung einer Baubude;
4. Sofortige Beschaffung des notwendigen Verbandszuges;
5. Wahl eines Betriebsrates.

Der Unternehmer, die Fa. Leistikow, der diese Eisenbahn- ausbesserungsarbeiten auf dem Wege der Ausschreibung erhalten hatte, war derjenige, der schon beim Voranschlag das niedrigste Angebot machte. Während eine Firma im Höchstangebot 70 000 Mark machte, forderte Leistikow nur 36 000 Mark. Hierin war ja bereits das mörderische Dehntempo, bei dem die Arbeiter schlapp machen mußten, begründet. Selbst die Reichsbahn, die als Ausbeuter erster Klasse bekannt ist, hatte einen Zuschlag von 50 000 Mark gemacht. Und man muß schon sagen, wenn die Reichsbahn einen solchen Antrag stellt, dann sind sie sich ganz genau bewußt, dessen, was sie tun,

da bei ihnen der letzte Schweiß und Blutstropfen der Arbeiterschaft mit einfließt.

Die Firma Leistikow, die ihrem Angebot 14 000 Mark unter dem der Reichsbahn blieb, u. das Akordtempo der Reichsbahn noch überfüllte. Während bei der Reichsbahn nur acht Schwellen auszuwechseln und mit Schotter zu unterstopfen sind, verlangte die Firma Leistikow neun Schwellen. Ja, man wollte selbst die Arbeiter zwingen, neun Felder fertigzumachen auch bei Ueberstunden, die nicht bezahlt werden.

Die Arbeiter, die bereits drei Wochen bei diesem Unternehmer arbeiteten, waren auch nicht länger gewillt, dieses mörderische Dehntempo mitzumachen und traten am Sonnabend morgen geschlossen in den Streik. Die Streikenden setzten sich sofort mit den Erwerbslosen in Verbindung, deren Sympathie sie genossen, um sie vor evtl. Streifarbeit abzuhalten. Durch diese gemeinsame Aktion der Ohlauer Arbeiterschaft sah sich die Firma Leistikow gezwungen, in Verhandlungen einzutreten, in welchen sämtliche Forderungen bewilligt wurden.

Dieses Beispiel zeigt, daß dort, wo die Arbeiterschaft in geschlossener einheitlicher Kampfesfront auftritt, einen Sieg erringen muß. Der Streik der Arbeiterschaft bei der Fa. Leistikow hat zweifellos den Kampfwillen der Ohlauer Proleten gestärkt und sie werden die Lehren für weitere Kämpfe daraus ziehen.

Binnenschiffer, wehrt euch gegen Ausbeutung und Antreiber-system!

Breslau. Wir haben bereits einige Male auf die ungeheure Ausbeutung der Oberchiffer in der „Arbeiter-Zeitung“ hingewiesen. Unsere Artikel haben bewirkt, daß wir nun aus verschiedenen Teilen Schlesiens Zuschriften von den Oberchiffen über die Ausbeutung erhalten. So schreibt uns unter anderem eine der sogenannten „Wasserratten“ über das Antreiber-system bei dem Reedereibesitzer Gabor aus Oderwitz bei Krappitz OS. Der Schleppdampfer „Gerhard“ der genannten Firma fuhr mit einem Schleppzuge von Privatfähnen von Fürstberg bis Breslau, 310 Kilometer Strecke, in drei Tagen, während nach normaler Dampfzeit sieben Tage dazu erforderlich wären. Vier kam man sich wohl vorstellen, mit welchem ungeheuren Tempo die Menschen schuften und schwitzen mußten. Zur Nacht ruhe ließ man den Leuten kaum drei Stunden Zeit, während 21 Stunden nichts wie geschunden wurde, und das bei einem Wochenlohn von 22 Mark für Bootleute und 10 bis 12 Mark für die Schiffsjungen.

Ein ganz besonderer Leuteschinder ist der Schiffsführer des genannten Dampfers, der, obwohl er selbst nur Arbeitnehmer ist, rücksichtslos gegenüber seinen Mitmenschen handelt. Derselbe glaubt,

7. Für Verpflegung an Bord der Schiffe auf Kosten der Unternehmer nach tariflich festgelegter Speiserolle. Bei Selbstbefriedigung ist ein tariflich festzulegendes Verpflegungsgeld zu zahlen.

8. Unterbringung der Mannschaften in hygienisch einwandfreien Kojen. Arbeits- und Bettzeug sind vom Unternehmer kostenlos zu liefern.

9. Bei Beginn der Schifffahrt, bei Entlassungen und in Fällen von Krankheit ist vom Unternehmer die Bahnfahrt und ein Tagesessen gratis zu zahlen. Die Mannschaft ist in solchen Fällen den Schifffahrtsangehörigen gleichzustellen.

10. Versicherung gegen Krankheit, Unfall, Invalidität, Alter und Arbeitslosigkeit auf Kosten der Unternehmer und des Staates. Freie Arztwahl, kostenlose klinische Behandlung, freie Medizin für den Schiffer und dessen Familienangehörige, Krankengeld, Renten-, Arbeitslosenunterstützung ist in Fällen von Arbeitsunfähigkeit in Höhe des vollen Lohnes für die ganze Dauer derselben zu zahlen.

11. Jeder vom Binnenschiffer nicht verschuldete Verlust von Effekten muß vom Unternehmer voll ersetzt werden.

12. Kampf gegen jede Verringerung der Besatzung auf den Fahrzeugen, für Innehaltung der Besatzungsbestimmungen für die einzelnen Stromgebiete und Wasserstraßen, entsprechend den Forderungen der Binnenschiffer.

13. Beseitigung der privaten Vermittlung, für Errichtung von Vermittlungsstellen in allen ausschlaggebenden Binnenschiffen und Schifferorten, in öffentlicher Regie unter Selbstverwaltung der Binnenschiffer.

14. Für volle Organisations- und Versammlungsfreiheit an der Arbeitsstelle und auf den Schiffen.

15. Für Anerkennung der von der Mannschaft der Boote und Schleppzüge gewählten Vertrauensleute und Bildung von Betriebsräten bei allen Firmen mit mehr als 20 Beschäftigten. Die Betriebsvertretung darf bei Wahrnehmung der Interessen der Mannschaften nicht entlassen werden.

16. Für das Recht der Kontrolle der Ladungen durch gewählte Ausschüsse der Wassertransportarbeiter.

Für diese Kampfprogramme müssen die Oberchiffer mobilisiert werden. Erst dann, wenn die Binnenschiffer den Kampf gegen Unternehmerwillkür, Faschistenterror und Notverordnungsdiktatur aufnehmen, besteht für sie die Aussicht, auch für sich Menschenrechte in Anspruch nehmen zu können. Deshalb müssen die Oberchiffer am Sonntag, dem 31. Juli, zeigen, daß auch sie kampfbereit sind, indem sie nur Liste 3, Kommunisten, wählen und sich in die antifaschistische Aktion einreihen.

Geschäftliches

Niesen-Zirkus Straßburger kommt am Donnerstag früh 6 Uhr Güterbahnhof Ost an!

„Kinders“, ruft Heinz, der gerade mit den Mädchen und Jungen auf der Straße geht, „Kinders und andere Leute, da kommt ein Zirkus. Und was für ein Zirkus. Ich kann euch kühnern: Der Circus Straßburger kommt...“ „Was die Menschen sich freuen, weil der Zirkus kommt“, jagt mit etwas abweisender Miene ein Passant, obwohl auch er mit sichtlichem Interesse die schon lithographierten Zirkusbilder betrachtet. — „Haben ja auch recht, die Menschen, wenn sie sich freuen. Tut uns allen auch gut, einmal aus dem täglichen Einerlei heraus in den Zirkus zu spazieren“ antwortet ein anderer.

„Zirkus?“ meint die Pensionsinhaberin, „nein, dahin kann ich mit meinen Füßchen unmöglich gehen.“ „Romische Ansicht, was Sie da sagen“, begehrt energisch ein nicht rückständig denkender auf; „nicht in den Zirkus gehen — ich jage gerade und auf alle Fälle in den Zirkus gehen. Dort werden keine Nachtänge verzapft — pui Dewel — auch hört man dort keine ein- und zweideutigen Joten.“ Nehmen Sie nur ruhig ihre Füßlinge mit, daß sie sich an dem erfreuen, was im Zirkus wirklich Sehenswertes an Kraft und Schönheit geboten wird.“

Was Plakate und Zeitungsannoncen künden, wird zum Ereignis. Niesen-Circus Straßburger kommt!

Drei Namen leuchten uns voran:
Lenin — Luxemburg — Liebknecht!
Folgt ihrem Banner, Arbeitsmann!
Auch du mußt wählen — doch wähle! recht:
Gegen Kapitalisten,
Gegen Reformisten,
Gegen Faschisten,
Wähle! Liste 3, Kommunisten!

auf diese Weise seine Position halten zu können. Die Oberchiffer werden ihm jedoch gelegentlich in die Suppe spuden.

Auch der Schiffseigner Schökel aus Rattowik, der ein starrer Nazianhänger ist, sei hierbei gekennzeichnet, der den Schiffsführer anhält, die Nächte durchzudampfen, um die anderen Schleppzüge, die die Nacht ruhe einhalten, zu überholen, und um das er nur rechtzeitig die Schiffsbesatzung wieder an Land schicken kann.

Gegen derartige Ausbeuter- und Antreibermethoden müssen sich die Oberchiffer in geschlossener Einheitsfront wehren. Der Kampf muß auf der beschlossenen Basis geführt werden. Nachstehend bringen wir das beschlossene

Kampfprogramm der Binnenschiffer

1. Gegen jeden Lohnabbau. Für Erhöhung der Löhne. Doppelten Lohn für Ueberstunden.
2. Für den siebenstündigen Arbeitstag an Deck und den sechsstündigen an der Maschine. Bei zehnstündiger Fahrzeit einschließlich An- und Abheizen und An- und Ablegen. Ununterbrochene Nachtruhe von 12 Stunden. An Sonn- und Feiertagen ruht der Betrieb.
3. Für jeden Monat Beschäftigung zwei Tage bezahlten Urlaub. Einen freien Tag im Hafen für jeden in Fahrt verbrachten Sonntag.
4. Abschaffung aller Sonder- und Ausnahmegesetze gegen die Schiffsbesatzung der Binnenschiffer.
5. Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit, für alle Schiffer auf internationalen Wasserstraßen desselben Stromgebietes. Der Lohn ist auf internationalen Wasserstraßen dem höchsten bestehenden Lohn anzupassen; in den Wasserstraßengebieten, wo Frauen zur Schifffahrt herangezogen werden, erhalten sie für die gleiche Arbeit den Lohn der Männer.
6. Gegen jede Befehung vollbezahlter durch niedriger entlohnte Chargen. Gegen jede Rückverrechnung.

Erfolglose Polizei-Aktion gegen Antifaschisten

Ganz anständiges Nazi-Waffenlager gefunden

Breslau, 27. Juli. Die Abendausgabe der „Schlesischen Zeitung“ (Mittwoch) hat gestern veröffentlicht auf ihrer ersten Seite einen Bericht über eine Polizeiaktion gegen Kommunisten in Breslau und will wissen, daß „Raffen und verborgene Klingensorten“ gefunden und daß der Neue Frontkämpferbund weiter in Tätigkeit sei. Die „Schlesische Zeitung“ teilt mit, daß die Aktion unter der Leitung des Kriminalkommissars Gayle von der Polizei durchgeführt worden ist.

Am Dienstagabend ist aber bei einer polizeilichen Durchsuchung von Nationalsozialisten ein ganzes Waffenlager gefunden worden. Die sozialdemokratische „Volkswacht“ von gestern schrieb hierzu folgenden Bericht:

Gestern Abend fand irgendein geheimer Appell der Nazis im Schiefwörder statt. Wie wir von beobachtenden Anwohnern erfahren, sind die Runden nach Waffen durchsucht worden, und die Polizei soll dabei ein ganz anständiges Waffenlager gefunden haben.

Als Mediationschlichter ist ein amtlicher Bericht der Polizei über die Art und Zahl der gefundenen Waffen nicht herausgegeben worden. Man weiß nicht, ob das Zusammenzahlen der Wadwertzeuge so lange dauert, oder ob es irgendwann im Präsidium un-

angenehm ist, daß die „unschuldigen“ SA-Männchen mit einer amtlichen Mitteilung der Polizei wieder einmal als die bewaffneten Händen an den Pranger kommen sollen.

Die Polizei hat schnell mit ihrer Aktion am gestrigen Tage gegen Antifaschisten ein „Gegenstück“ für die Deffenzlichkeit liefern wollen. Das ist ihr vorzeitig gelungen. Man hat bei dieser Aktion auch einen schweren Metallriegel gefunden. Das kommt daher, daß die Proleten solche Kriegsgegenstände aufbewahren. Die schlesische Presse will mit dieser Polizeiaktion den Fund des falschistischen ganz anständigen Waffenlagers am Montag im Schiefwörder vertuschen.

Der Kriminalkommissar Gayle, Mitglied der SPD, wollte schnell mit der Aktion gegen Antifaschisten dem Herrn Papen den Befähigungsnachweis erbringen, daß er die „innere Unabhängigkeit, alle erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der staatsfeindlichen Betätigung der SPD zu treffen“ (siehe Ausführungen von Papen in seiner Rundfunkrede am 20. Juli), bewahrt habe. Papen hat Mäste und Jörgel behalten, warum sollte er den Herrn Gayle, der sich schon seinerzeit bei der angeblichen KPD-Konferenz in Freiburg die Sporen verdienen wollte, nicht weiter verwenden können. Es ist gar nicht ausgeschlossen, daß in nächster Zeit auch in anderen Orten solche Polizeiaktionen erfolgen.

Gegen Belagerungszustand und Militärdiktatur für Arbeiter- und Bauern-Regierung!

Notiz Breslau heraus zur Wahlkundgebung der Kommunistischen Partei für Liste 3

am Freitag, dem 29. Juli, 20 Uhr, im Firkus Busch. Es sprechen Genosse Jacobson, ehemaliges Vorstandsmitglied der KPD-Breslau, und Genosse Karl Becker, MdA. — Verstärkt die Millionenfront aller Ausgebeuteten zur Antifaschistischen Aktion für Arbeit, Brot und Freiheit. Auftreten der KPD-Gruppe mit neuem Programm für Liste 3. Arbeiter, Werktätige erscheint zahlreich!

Das „Verdienst“ der SPD.

Breitscheid rühmt die Verratspolitik der SPD.

Nach dem „Vorwärts“ (26. Juli) erklärte Breitscheid im Namen der SPD vor dem „Überwachungsausschuß“ des Reichstags:

„... So geht man gegen die Sozialdemokratie vor, die das Verdienst hat, die ungeheure Erregung, die in der Bevölkerung herrscht, zu dämpfen...“

Die „Berliner Börsenzeitung“ (21. Juli) schrieb ganz richtig:

„Die Hauptfrage war, ob die Gewerkschaften und Sozialdemokraten den Generalfstreik proklamieren würden oder nicht.“

Von dieser Hauptfrage haben die SPD-Führer den Faschismus befreit! Dafür dankte der Berliner Militärbefehlshaber General von Kundstedt der SPD:

„... aber dankenswerterweise hat sich ja die Sozialdemokratische Partei dieser Streikparole nicht angeschlossen, sondern im Gegenteil zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt.“

Das „Verdienst“ der SPD-Führer besteht darin, daß sie es dem Faschismus ermöglicht haben, die Staatsgewalt in Preußen unmittelbar in die Hand zu nehmen, um dann um so härter gegen die Arbeiterklasse vorzugehen!

Nieder mit den sozialdemokratischen Helfershelfern des Faschismus!

Wählt Liste 3 Kommunisten

Wer hat die Reise in die Sowjetunion gewonnen?

Gewinnliste der Verlosung

„Arbeiterliteratur greift an“

1. Preis: Reise in die Sowjetunion entfiel auf Losnummer 338 996,
 2. Preis: 1 Motorrad entfiel auf Losnummer 401 931,
 3. Preis: 1 Faltboot entfiel auf Losnummer 431 781,
 4. bis 6. Preis: je eine vollständige Bibliothek (insgesamt 17 Bände im Werte von 81 Mark) entfiel auf Losnummer 10 005, 132 888 und 192 226,
 7. bis 12. Preis: je eine komplette Wäscherei (insgesamt 39 Bände im Werte von 67,50 Mark) entfiel auf Losnummer 351 007, 171 831, 511 755, 305 250, 509 158, 90 051,
 13. bis 20. Preis: je eine komplette Wäscherei (insgesamt 32 Bände im Werte von 35,50 Mark) entfiel auf Losnummer 106 251, 457 899, 257 001, 101 530, 108 017, 290 500, 119 812.
- Die Nummer des Loses, von dem aus jedes 5. Los heraus und herunter gemittelt, ist Losnummer 31 065.

1. Jedes Los, endend mit 25 und 75: Taumier-Mappe oder „Eine Mutter“.

2. Jedes Los, endend mit 50 und 00: Internationaler Roman oder „Wonnende Natur“.

3. Alle anderen Lose, die mit 5 oder 0 enden: Roter 1-Mark-Roman oder „Schicksal von Göttern“, „Wacht auf“ oder „Winkel“, „Wank am Schimmer“, oder „Mäurer“, „Die Nacht“, oder „Graue Wolken“, oder ein Elementarbuch des Kommunismus.

Die Gewinne können sofort in den Geschäftsstellen der KPD abgeholt werden. (Adresse: Breslau, Friedrich-Wilhelm-Straße 50.)

Auch im Sommer mußt du lesen!

Gehe in den Sommer an die proletarische Stern-Verlagsbuchhandlung, Friedrichstraße 57, dem Verlagsamt, Schiefwörder 10 bis 20 Pfennige.

ROB
REISE OHNE BARGELD
MIT DEM REISEKREDITBRIEF
DER SPARKASSEN
Städt. Sparkasse zu Breslau

Helfershelfer des Faschismus!

SPD.-Harnack rühmt sich seiner „Verdienste“ in der Bekämpfung des Kommunismus

Im Abend-„Vorwärts“ vom 25. Juli veröffentlicht der sozialdemokratische Regierungspräsident von Harnack (Meerburg) einen offenen Brief an den preussischen Staatskommissar Dr. Bracht, in dem er schreibt:

„Konzeptionen an die Kommunisten wird Dr. Bracht jedenfalls nicht wünschen. Daß sie nicht erfolgt sind, beweist ein Blick in die letzten Jahrgänge des Klassenkampf. Hier figuriere ich meist als Sozialfaschist, als Schilling der Bourgeoisie oder als Kapitalknecht. Zwischen den Kommunisten und mir bestehen keinerlei äußere oder innere Bindungen. ... Welche Methode in Zukunft die wirksamere ist, wird die Zukunft lehren.“

So weitteuern die SPD-Minister, Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten mit den Bracht, Kundstedt, Papen, Schleicher und Hitler in der Bekämpfung der einzigsten antifaschistischen Partei, der KPD. Die SPD-Führer rühmen sich ihres Kampfes und weisen nach, daß sie die besseren Kämpfer gegen die KPD sind. Sie wollen das von Papen beweisen.

Nun erst recht Antifaschistische Aktion!

Her zur KPD. — Wählt Liste 3

Das Städtische Arbeitsamt muß wegen der Durchführung umfangreicher und dringlicher Arbeiten, wie sie sich namentlich auch aus der letzten Notverordnung ergeben haben, zur Entlassung der Zuscharbeiter seine Dienststellen vom 26. dieses Monats an bis auf weiteres auch an den Montagen geschlossen halten.

Die Dienststellen sind daher für das Publikum nur noch Dienstags, Donnerstags und Sonnabends von 9 bis 13 Uhr geöffnet. Ausnahme Weise Abfertigungen können nur für nicht ausgiebbare Fälle zugelassen werden.

So teilt uns das Presseamt des Magistrats mit. Also immer wieder Eindrückungen auf Seiten der Arbeiterkraft. Obgleich launische arbeitslos sind, wovon ein Teil dort Beschäftigung finden konnte.

Lehrgänge für Photographie!

Am 1. August beginnen an der Städtischen Handwerker- und Kunstgewerbeschule zu Breslau neue Lehrgänge für Photographie. Damit wird auch in Breslau die Möglichkeit geboten, sich auf photographischem Gebiet die erforderlichen Kenntnisse zu verschaffen.

Auskünfte erteilt das Geschäftszimmer der Handwerker und Kunstgewerbeschule, Breslau, Klosterstraße 19.

Die Eroberung der Herzen ist bekanntlich eine besondere Kunst.

So, wie man im Leben Personen trifft, die sympathisch wirken und Zuneigung und Vertrauen einflößen, so gibt es auch bestimmte Artikel und Unternehmungen, die es stets verstehen, die Massen im Sturm zu erobern. Ein interessantes Beispiel hierfür ist seit ihrem Bestehen die Bulgaria-Zigarettenfabrik, die es in selten erfolgreicher Weise versteht, Sympathien zu erwecken. Ihr neuester Erfolg ist die 3/4-Pfg.-Zigarette, Bulgaria-Sport. Sicher hat die frische Art unter Führung des mitreißenden Sportbildes viel dazu beigetragen, die Herzen schnell zu gewinnen, weil man sich mit Recht sagt, wer seine Ware so herzerfreudend anbietet, wird auch zeitgemäße Ware zu bieten haben.

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Rudolf Ortner in Breslau. — Für die übrigen Seiten: Alfred Friedrich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callmann, Breslau. — Verlag u. Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Wandeleihhaus Grundmann
Breslau, Trebnitzer Str. 21
Belebung v. Anzügen, Wäsche und Schmudfaden

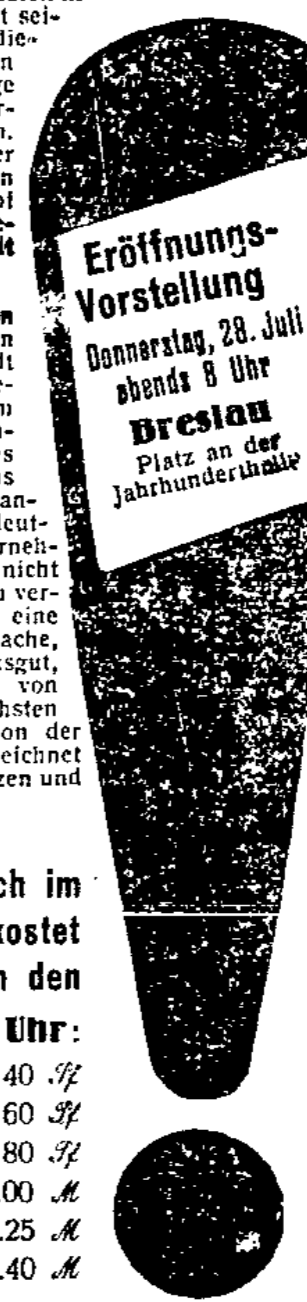
Breslau zum Gruß!

Zeiten schwerer Not lasten seit vielen Jahren auf den Schultern der gesamten Bevölkerung Deutschlands. Mit eiserner Energie wird von Allen ein verzweifelter Existenzkampf geführt, mit einem Hoffnungs-schimmer im Innern, daß die katastrophale Wirtschaftskrisis recht bald neuem Aufstieg und neuem Leben Platz macht.

In dieser Zeitmisere hat es besonders ein ambulantes Großcircusunternehmen, wie Strassburger, sehr schwer, sich zu behaupten und seinen vielen hundert Menschen und Tieren weitere Existenzmöglichkeit zu bieten. Strassburger, der älteste Circus des ganz. Erdballes, in Schlesien beheimatet, will speziell in dieser trostlos. Zeit seinen Landsteuten dienen, um den grünen Alltag durch einige frische Stunden vergessen zu lassen.

Circus Strassburger muß aber auch einen hart. Existenzkampf führen, wenn er diese schwerste Zeit überstehen will. So liegt in dem von Herzen kommenden Gruß an die Stadt Breslau und Umgebung die Bitte, dem morgen beginnenden Gastspiel des weltberühmt. Circus Strassburger, dem anerkannt besten deutschen Kultur-Unternehmen seiner Art, nicht die Gefolgschaft zu verweigern, sondern eine große, deutsche Sache, ein deutsches Volksgut, wie Strassburger, von hohen und allerhöchsten Behörden sowie von der Großpresse bezeichnet wird, zu unterstützen und zu fördern.

Strassburger dankt dafür mit recht. guter Circuskunst, wie sie in diesem hochstehenden Qualität bisher noch von keinem anderen Circus erreicht und geboten wurde. Preisabbau ist die Parole des Tages! Strassburger hat auch auf diesem Gebiet bereits ganze Arbeit geleistet. Er wird mit Recht überall als der echte Circus des Volkes geehrt. Durch den radikalen Eintrittspreisabbau und durch die nicht zu überbietende Steigerung seiner Leistungen beweist er wohl am eindringlichsten, daß er diesen Titel zu Recht trägt. Nie rastender Schaffensdrang, vorwärtsstürmender Geist, jägendes Tempo haben den Circus Strassburger von ehemals an die Spitze der größten und besten circensisch. Unternehmen gestellt.



Ein Besuch im Strassburger kostet Kinder in den

Nachm. 3.30 Uhr:

Stehgalerie	. 40 \mathcal{M}
III. Platz	. 60 \mathcal{M}
II. Platz	. 80 \mathcal{M}
I. Platz	. 1.00 \mathcal{M}
Parkett	. 1.25 \mathcal{M}
Sperrsitz	. 1.40 \mathcal{M}

Riesen-Circus für Erwachsene und Vorstellungen

Abends 8.00 Uhr:

Stehgalerie	. 80 \mathcal{M}
III. Platz	. 1.20 \mathcal{M}
II. Platz	. 1.60 \mathcal{M}
I. Platz	. 2.00 \mathcal{M}
Parkett	. 2.50 \mathcal{M}
Sperrsitz	. 2.80 \mathcal{M}

Erwerbslose, Kriegsbeschädigte, Rentempfänger zahlen bei Vorlage des Ausweises an den Circuskassen in allen Abend-Vorstellungen, auf allen Sitzplätzen aber auch nur halbe Preise!

Das ist wirklicher Preisabbau!

der es Jedem ermöglicht, das prachtvolle Drei-Stunden-Programm Strassburgers anzusehen. — Alle haben in dieser freudlosen Zeit ein Anrecht darauf, sich für einige Stunden von den Alltagsorgen zu entspannen.

Keiner braucht zurückzustehen, deshalb gilt für jeden die Devise:

Auf Circus zum Strassburger